

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung in vier Kreuzbänden M. 2,40

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schlus der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verbands-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltenen Pettzelle oder deren Raum berechnet.

## Die nächste Zählung der Arbeitslosen ist am Erscheinungstage dieser Nummer, Sonnabend, 27. Januar

### Viktoria!

Noch immer läßt sich in der nächtigen Stunde, wo wir diese Zeilen schreiben, das Gesamtergebnis der Wahlen nicht angeben, noch sind 33 Mandate unbefestigt, über die erst am Donnerstag dieser Woche die Entscheidung fällt, und doch rufen wir in heller Siegesfreude: Viktoria! Es ist gelungen! Der schwarz-blaue Block, der Block der Steuerräuber, der Block der Arbeiterentziehung, der Block der sozialen Hartherzigkeit ist zerfallen. Der Zorn des Volkes hat ihn von der stolzen Höhe heruntergesetzt, auf der er in progrender Brutalität thronte und die Lebens- und Kulturinteressen des deutschen Volkes vergewaltigte.

Und hier die Zahlen: Von den bisher vergebenen 364 Mandaten entfallen auf die

#### Blockparteien:

Konservative 41, Reichspartei 12, Zentrum 91, Wirtschaftliche Vereinigung und Antisemiten 13, zusammen 157.

#### Nationalisten, Wilbe usw.:

Polen 16, Elb-Lothringer 7, Welfen 3, Dänen 1, sonstige 6, zusammen 33.

#### Antiblockparteien:

Nationalliberale 40, Fortschrittliche Volkspartei 35, Sozialdemokraten 99, zusammen 174.

Von den noch zu vergebenden Mandaten werden voraussichtlich erhalten die Blockparteien 8, die Polen 3, die Antiblockparteien 22. Danach könnten die Blockler auf 165 Mandate kommen, und damit wären sie unfähig gemacht, das Volk weiter zu vergewaltigen. Diese Zahlen mögen noch in Kleinigkeiten korrigiert werden, das Hauptergebnis steht fest: die am tiefsten gehaftete Mehrheit, die der deutsche Reichstag seit der Zeit des Bismarckschen Kartellreichstages jemals gehabt hat, ist durch die Wahlen kurz und klein geschlagen. Denn nach der Wahl von 1907 verfügten jene Parteien über 202 Reichstagsitze: Konservative 58, Reichspartei 22, Zentrum 104 und Wirtschaftliche Vereinigung und Antisemiten 24.

Mit Aufatmen begrüßt man das Resultat; denn die Ergebnisse des ersten Stichwahltages hatten den Erfolg des ganzen Kampfes sehr in Frage gestellt. Reichlich ein Duzend Mandate, die nach den Stimmverhältnissen und den Stichwahlen der Sozialdemokratie hätten zufallen müssen, waren durch das Versagen der Liberalen, und zwar der linksliberalen der Reaktion zugefallen. In Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen folgte der größte Teil der liberalen Wählerschaft nicht der Parteiparole, sondern stimmte für Konservative und Antisemiten. Sonst hätte die Sozialdemokratie in den Stichwahlen am 20. Januar statt reichlich 20 Mandate erhalten müssen. Darüber wird noch einiges zu sagen sein; aber für heute dürfen wir konstatieren, daß die Fehler vom 20. durch die Erfolge am 22. Januar wieder ausgeglichen sind, wobei natürlich in diesem

Augenblick nicht untersucht werden kann, in welchem Umfange diese Erfolge der liberalen Stichwahlhilfe zu danken sind.

Die Größe des Sieges der Sozialdemokratie läßt sich in einem Satze ausdrücken: Die Sozialdemokratie wird im neuen Reichstage die stärkste Partei sein. Sie hat bisher zu den 64 Mandaten der Hauptwahl noch 35 in den Stichwahlen gewonnen und wird am Donnerstag dieser Woche noch 3 bis 5 gewinnen, gewonnen haben, muß man sagen; denn wenn unsere Kollegen den „Grundstein“ erhalten, sind auch die letzten Stichwahlen vorüber. Der Sieg der Sozialdemokratie ist sowohl die natürliche Folge der volksfeindlichen Politik der Mehrheitsparteien als auch der Lohn des werktätigen Volkes für die Treue und Entschiedenheit, mit der die Sozialdemokratie zu seiner Sache stand. Im übrigen sind die Ergebnisse der Wahlen außerordentlich reich an charakteristischen Zügen. Der letzte Kreis der Bürgerlichen in Berlin konnte leider nicht gewonnen werden; der Fortschrittliche Kampf behauptete ihn mit neun Stimmen Mehrheit. Wohl zum letzten Male. Dagegen ist die stolze, wenn auch nicht die festeste Burg des Zentrums gefallen: das „heilige Eöln“. Nach einem beispiellos heftigen Kampfe wurde es mit Hilfe der entschiedenen Elemente im Liberalismus von der Sozialdemokratie erobert. Das gleiche Schicksal widerfuhr der alten Bischofsstadt Hildesheim. In erbittertem Ringen eroberten unsere Genossen auch wieder die Handelsmetropole des Südwestens, Frankfurt a. M. Dazu kamen der alte Stammisß Eugen Richters, Hagen i. W., und Görliß, wo unser Verbandkollege Taubadel den so umsympathischen Dr. Mugdan herauswarf. Breslau-Ost ist vom Genossen Bauer gewonnen worden. Bielefeld ist leider an den plötzlich lebendig gewordenen Grafen Posa-domsky verloren gegangen. Unter den eroberten Kreisen sind viele, die zum ersten Male sozialdemokratisch vertreten sind. Aber doch trotz mancher schmerzlicher Verluste ein herrlicher Sieg! Von unsern Verbandsmitgliedern sind noch drei in den Stichwahlen gewählt worden: Hüttmann, Thöne und Taubadel; Gehl und Röber sind unterlegen. Und unterlegen ist auch Kollege Wiedberg vom christlichen Verband, der in Hamm-Coest, seinem bisherigen Wahlkreis, für das Zentrum kandidierte. Die Reichstagsreform

Was nun? Wie wird der neue Reichstag arbeiten? Wie wird sich die Regierung mit diesem Reichstage abfinden? Wie wird die Partei, an der all unsere Hoffnungen hängen, die Sozialdemokratie, unsere Sozialdemokratie, der neuen Situation gerecht werden? Solche Fragen drängen sich auf und man kann sie nicht zurückweisen. Aber ihre Behandlung erfordert ruhigere Stunden, als diese Stunden des grauen Morgens, wo es durch alle Gedanken immer nur stürmisch klingt: Viktoria!

### Die Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze.

Eine der auffälligsten Tatsachen im Leben der Gegenwart ist die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsklassen. Diese Verschärfung tritt am deutlichsten in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Kapitalisten und Arbeitern zutage. Bekanntlich nehmen diese Kämpfe von Jahr zu Jahr an Umfang zu, und sie werden auch mit immer größerer Erbitterung geführt. Früher war unter den Arbeitern die Meinung vertreten, man könne den einzelnen Unternehmer oder eine Gruppe von Unternehmern durch einen tüchtigen Handreich oder einen unvermuteten Platanenangriff überrumpeln und in den Sand strecken. Das Unternehmertum wurde als eine Festung betrachtet, die keiner langen Belagerung bedurfte, sondern im Sturme gewonnen werden konnte. Deshalb hatte eine Zeitlang die Auffassung geberstet, daß ein Streik, der nicht innerhalb der ersten acht oder vierzehn Tage festig entschieden worden sei, überhaupt nicht mehr gewonnen werden könne. Die ganze Streiktaktik war auf diese Ueberumpelung zugeschnitten.

Heute hat sich die Auffassung und die Taktik von Grund auf gewandelt; denn heute rechnet man beim Ausbruch eines Streiks von vornherein damit, daß er unter Umständen monatelang dauern kann. Und in der Tat sehen wir, daß sich das organisierte Kapital und das organisierte Proletariat bis an die Zähne bewaffnet wie zwei stark gerüstete Heere einander gegenüberstehen. Gewehr bei Fuß und in starrer Ausdauer harren sie des Ausgangs des Kampfes und erwarten den Augenblick, in dem der eine der Gegner infolge Mangels an Munition den Kampf aufgeben und sich für besiegte erklären muß. Nur kleine Plänkchen und Vorpostengefechte spielen sich zwischen den beiden Schlachtreihen ab, die dann meistens vor den Strafgerichten ihre Erlebigung finden; die Schlachtreihen selbst zögeln ihre Kampflust und üben stoffe Disziplin. Es ist geradezu bewundernswürdig, wenn man beobachtet, wie wenig wirkliche Ausschreitungen während eines Streiks oder einer Aussperrung von monatelanger Dauer vorkommen. Wenn wir von den aufschaulichsten Schauergerichten der bürgerlichen Zeitschreiber absehen, so muß man die ruhige Haltung der nach Tausenden zählenden Arbeitermassen trotz steigender Erbitterung und trotz Verschärfung der Gegensätze bewundern. Diese ruhige Haltung der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter ist offenbar das Ergebnis gewerkschaftlicher Schulung und Erziehung.

Während wir auf politischen Gebiete in den letzten Jahren häufiger als früher eine Annäherung zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und Anhängern der bürgerlichen Parteien beobachten, wächst die Entfremdung zwischen, sobald wirtschaftliche Interessen in Frage kommen. Die Bündnisse zwischen Sozialdemokraten und Liberalen und das gemeinsame Vorgehen bei Wahlen und besonders bei Stichwahlen sind heutzutage gar keine Seltenheit mehr, und es passiert häufiger als früher, daß die Führer der bürgerlichen Parteien zur Wahl eines Sozialdemokraten und daß die Führer der Sozialdemokratie zur Wahl eines Bürgerlichen auffordern und daß auch — was bedeutungsvoll ist! — die Wähler dieser Aufforderung Folge leisten. Im Bereiche des Staatslebens sind tatsächlich manche Berührungspunkte zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie vorhanden, und ein wirklich liberaler Mann kann die politischen Forderungen der Arbeiter bis zu einem gewissen Grade unterschreiben. Ganz anders

aber liegt die Sache im Gebiete des wirtschaftlichen Lebens. Hier handelt es sich um Selbstinteressen, und in Selbstsachen hört nicht nur, nach einem Worte des Kommerzienrats Hansemann, die Gemüthlichkeit auf, sondern auch Christentum, Liberalismus und Menschenliebe gehen dabei zum Teufel.

Das Unternehmertum hat die instinktive Empfindung, daß der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter den Profit schmälern könne, und in Bezug auf den Profit ist das Ausbeutertum sehr zartfühlend. Die Zukunftsziele der Sozialdemokratie schrecken das Kapital weniger als die Gegenwartserfolge der Gewerkschaften, weshalb die Kapitalisten auf wirtschaftlichem Gebiete nichts von einem Entgegenkommen wissen wollen. Selbst liberale Unternehmer, und mögen sie auch sonst ihren entschiedenen Liberalismus ostentativ zur Schau tragen, gefallen sich in der Rolle von Scharfmachern, wobei ihre politischen Grundzüge jämmerlich Schiffbruch leiden. An und für sich ist dies Verhalten auch ganz erklärlich; denn die gewerkschaftlichen Forderungen sind nicht nur auf materielle Forderungen, auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet, sondern sie zielen auch ab auf eine Demokratie im Arbeitsprozeß, auf einen größeren Einfluß der Arbeiter in wirtschaftlichen Dingen. Und ebensovienig wie sich das Kapital eine Schmälerung des Profits gefallen lassen will, will es sich eine Einschränkung seiner Alleinherrschaft im Arbeitsbetriebe gefallen lassen. Hieraus erklärt sich der Unterschied zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Kämpfen.

Außer den Ursachen allgemeiner Natur gibt es auch noch Gründe besonderer Art, die eine Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes herbeigeführt haben: erstens die Ausschaltung des persönlichen Elements aus den kapitalistischen Unternehmungen und seine Ersetzung durch bezahlte Angestellte und zweitens die immer stärkere Organisierung des Unternehmertums sowie die Leitung und Beratung dieser Organisationen durch außerhalb des Berufs stehende Personen.

Was den ersten Grund anbetrifft, so wird das Kapital immer unpersönlicher, weil die Person des Kapitalisten immer mehr hinter seinem Unternehmen zurücktritt. Einstmals bei dem handwerksmäßigen Kleinbetrieb und auch in den Anfängen des kapitalistischen Großbetriebes bestanden noch persönliche Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern wie zwischen Mensch und Mensch. Neuerdings schießen aber die Aktien-Gesellschaften und die andern kollektiven Betriebsformen wie Pilze aus der Erde und die privaten Unternehmer sterben aus. Die neuen Betriebsleiter, die Direktoren und Generaldirektoren, haben keine persönliche Berührung mehr mit ihren Arbeitern, über die sie mit der Miene eines römischen Imperators herrschen; sie haben nicht das geringste Verständnis für die gedrückte Lage ihrer Arbeiter und ihr Sehnen nach einer höheren Lebenshaltung; es fehlt ihnen auch jegliches Gefühl für die wirtschaftlichen und seelischen Nöte des Proletariats. Sie leben in einer Umwelt, die unsozial und antizipal ist in des Wortes schlimmster Bedeutung. Und dabei sind sie wirtschaftlich gut gestellt; denn sie beziehen hohe Gehälter und hohe Tantiemen, und während eines wirtschaftlichen Kampfes gehen ihre Bezüge ruhig weiter. Sie erleiden keine persönliche Ein-

buße, und wenn auch die Aktionäre am Jahreschlusse wegen der niedrigen Dividende ein enttäuschtes Gesicht machen, der Herr Direktor genießt den Ruf eines schneidigen Vorgesetzten, der den Arbeiterpöbel zu bändigen weiß, und sein Gesicht erstrahlt in heller Glorie; denn er ist ja der Hüter und Retter des Kapitals. Ohne Zweifel ist ein Unternehmer, der früher selbst Arbeiter gewesen ist und von der Pike auf gebiert hat, viel eher geneigt, sich mit seinen Arbeitern zu verständigen, als ein Direktor, der sich für den geborenen Herrscher hält, und wenn es einem Unternehmer bei einem eventuellen Streik an seinen eigenen Geldbeutel geht, so wird er sich eher auf einen vernünftigen Ausgleich einlassen, als ein Betriebsleiter, der mit fremdem Gelde wirtschaftet.

Wenn wir nun zu dem zweiten Grunde übergehen, so brauchen wir nur darauf hinzuweisen, daß sich das Unternehmertum im letzten Jahrzehnt zu stärken Arbeitgeberverbänden zusammengeschlossen hat, deren Leitung bezahlten, natürlich gut bezahlten Leuten übertragen worden ist, die dem Gewerbe fernstehen. Es sind dies meistens verkrachtete Eristenzen, die irgendwoanders Schiffbruch gelitten haben: Offiziere niederen und höheren Grades, die aus irgendeinem Grunde um die Ecke gegangen sind und sich nun als Scharfmachertalente einen Zuschuß zu ihrer Pension verdienen; verunglückte Beamte, die bei dem Scharfmachertum einen Unterschlupf gefunden haben und dort ihren Mangel an moralischer Qualifikation durch große Schneidigkeit verdecken; pleitegegangene Geschäftsleute und Spekulant, die das Scharfmachertum als Rettungsanker benutzen, um sich über Wasser zu halten. Auch findet man darunter studierte Herren mit und ohne Doktorhut, die aus Neigung oder weil sie andernwärts nicht unterkommen konnten, das elende Gewerbe eines Lobredners des Kapitalismus betreiben. Alle diese Leute haben keine Ahnung davon, was in den Arbeitermassen lebt und strebt, und mit einem großen Aufwande von sittlicher Entrüstung sprechen sie von der Unbotmäßigkeit und der Unverschämtheit der organisierten Arbeiter. Während sie die um eine höhere Lebenshaltung kämpfenden Proletarier mit Schmutz beschreiben, umschmeicheln sie das Unternehmertum in geradezu ekelhafter Weise und den Streikbrechern winden sie einen Lorbeerkranz ums Haupt. Man braucht nur die Scharfmacherpresse zu lesen, um einen Begriff zu kriegen von dem Tiefstand dieser Kulis.

Um zu zeigen, daß sie fixe Kerls sind und daß sie ihre hohen Gehälter nicht umsonst beziehen, hegen sie ihre Arbeitgeber gegen die Arbeiter auf. Hierin erblicken sie ihre wichtigste Aufgabe, und weil sie von den Unternehmern abhängig sind, schmiegeln sie deren niedrigsten Instinkte, indem sie ihre Profitgier auflockern und ihren Großmachtskibel immer wieder wecken und stärken. Darum verdienen sie den Namen Kulis mit Recht, im Gegensatz zu den Arbeiterführern, die Marnesmut und Selbstbewußtsein zeigen. Ein Gewerkschaftsführer, der im Verufe groß geworden ist und seinen Kollegen in jeder Beziehung nabesetzt, besitzt den Mut seiner eigenen Ueberzeugung, und er hält es für sein gutes Recht und auch seine Pflicht, seinen Kollegen gegenüber, wenn es sein muß, eine abweichende Meinung zu vertreten; er hält dem Ansturm der Tausende stand und nimmt

Schmähungen mit in den Kauf, weil er Verantwortlichkeitsgefühl und Pflichtbewußtsein besitzt. Dager erklärt es sich, daß die meisten Gewerkschaftsführer so häufig bremsen und deshalb mit ihren Kollegen in Konflikt geraten, während die Berater des Unternehmertums stets für die schärfere und schärfste Tonart sind.

Wir kommen also zum Schluß und fassen unsere Ausführungen dahin zusammen: Die Verschärfung der wirtschaftlichen Gegenätze entspringt aus der Zusammenballung des Kapitals und seiner Entwicklung zu kollektiven Wirtschaftsformen einerseits und aus der unheilvollen Tätigkeit der Betriebsleiter und der Scharfmachertalente andererseits. Die Arbeiterbewegung, die die Trägerin der proletarischen Emanzipationsbestrebungen ist, hat keine Schuld daran. Bruns.

### Praktische Politik oder revolutionäre Whrasen?

In Nr. 47 des „Grundstein“ vom vorigen Jahr veröffentlichte wir unter der Ueberschrift: „Warum? — Darum!“ einen Artikel des Kollegen G. Müller in Nixdorf, in dem Müller die Frage beantwortete, warum er Sozialist und kein anderer Parteimitglied ist, und in dem er ferner darauf hinwies, daß es bei der Reichstagswahl notwendig sei, daß unsere Kollegen ihre Stimmen den sozialdemokratischen Kandidaten gäben. Dieser Artikel hat die Gefühle eines andern Kollegen (Bruno Müller in Ulm a. d. D.) stark verletzt. Bruno Müller hat offenbar die Kategorie „Einigkeit“ öfter gelesen als den „Grundstein“ oder sozialdemokratische Blätter. So setzte er sich denn hin und schrieb uns auf den Artikel seines Nixdorfer Namensvetters eine Erwiderung, die ganz in dem Stile und im Geiste der kategorischen Anarcho-Darwinisten gehalten ist. Während wir Bedenken hatten, diese Erwiderung in der Zeit der Wahlbewegung zu veröffentlichen, wollen wir sie jetzt abdrucken, um unsern Kollegen zu zeigen, welche sonderbaren Ansichten noch in den Köpfen eines Teiles unserer Kollegen spuken. Kollege Bruno Müller schreibt:

„Bezugnehmend auf den unter obiger Ueberschrift in Nr. 47 des „Grundstein“ erschienenen Artikel erlaube ich mir, auch meine gegenwärtige Ansicht zum Besten zu geben, da ich annehme, daß noch mehrere Kollegen diesen Artikel mit Bedenken beiseite gelassen haben. Wenn der Kollege Müller nach Aufzählung aller Unbill, die wir heute noch erleiden müssen, zu der Schlussfolgerung kommt, daß er ein Gesel sein müßte, wenn er nicht Sozialist wäre, so muß ich ihm vollständig recht geben; aber damit ist doch noch nicht gesagt, daß man auch Sozialdemokrat sein muß. Der Kollege Müller wird doch sicherlich auch von einem freiheitlichen, antiautoritären Sozialismus gehört haben, der den Idealzustand, den er so innig herbeisehnt, noch weit mehr gewährleistet als der Staatssozialismus der Sozialdemokraten. Um nun zum Sozialismus zu gelangen, schlägt er meiner Meinung nach den verkehrtesten Weg ein, nämlich den durch das Parlament. Es ist mir wirklich ein Rätsel, wie sich der Kollege Müller eine eminente Besserung unserer Wirtschaftslage durch Parlamentsarbeit denkt; denn was, wie in vierzigjähriger Parlamentsarbeit erlangen haben, ist wirklich nicht der aufzuwendende Mühe und Geldlohn wert. Sehr bezweifelhaft ist da ein Artikel im „Vorwärts“ vom 2. Februar 1909, in dem klar und deutlich ausgedrückt wird: Unsere ganze Parlamentsarbeit ist bis jetzt gleich Null. Es ist hier nicht meine Absicht, eine antiparla-

### Szenen von der Arbeit.

Von A. Ellinger.

Die Räume des sich im Umbau befindenden Kriminalgerichtsgebäudes waren von dichtem grauen Staub erfüllt. Auf den Korridoren und in den Zimmern lagen große Stein- und Schuttstapeln, und der Lärm der Sägmäher und der fallenden Steine, das Rascheln der Schuppen, das Knarren der Karren und das Rascheln des Schuttes erfüllte die weiten, öden Räume und Hallen. Männer, auf deren Gesicht und Kleider der Staub lag, wie auf Müllern das Mehl, gingen auf Holzpantinen geschäftig hin und her, schoben die marrenden Karren, trugen Müllzeug und Kisten und Eimer und Schuppen und schwere Mulden mit Mörtel und Steinen und alle die Werkzeuge und Materialien, die man braucht, um Teile eines Hauses einzuziehen und neue zu errichten. Andere rissen Mauern ab oder stemmten große Böcher in die, ließen an riesigen Flächenszenen vielzertrennender Granitsteine in die Tiefe, rissen die Fußböden auf, bauten Mülltonnen und mauerten große Bogen oder Türenden und Nischlöcher. Kurz: es war ein geschäftiges Treiben, und fast alle die Männer in den Räumen waren eingefüllt in graue Wolken von Staubbau, der schwarz und ätzend war und bei jedem Niesreiz und mit der Zeit Apfelföhligkeit und Kopfschmerzen verursachte.

Wah hier, bald dort erschien der dicke Bolzer, der mit einer großen zusammengegriffenen Leinwand unter dem Arme schweißtriefend den ganzen Tag in raschem Tempo die weit ausgebreiteten Hallen durchschritt, bald Barriere in diesem, bald in der dritten Etage in andern Flügel oder im Mittelbau seine Anordnungen traf, und hauptsächlich darauf sah, daß nicht irgendwo irgend jemand eine Minute müßig stand, besonders bei der Arbeit, die der Meister in Uebereinstimmung hatte. Umgeben dieselbe Funktion übte des Meisters Heiner Sohn sowie dieser selbst mehrere Stunden am Tage aus. Außerdem waren da vier oder

fünf von der Behörde angestellte Bauführer, die unter andern auch die Qualität der Arbeit überwachten und die in Regie arbeitenden Leute kontrollierten. Von Zeit zu Zeit kam auch der leitende Baumeister und, etwas seltener, ein alter Bauart.

Es war kurz vor Vesper, als es unter den Arbeitern von Mund zu Mund ging: „Ein Arbeiter ist runtergefallen, sie sollen ihn eben nach der Wube tragen.“

„Ist er denn tot?“ — „Ist es denn schlimm mit ihm?“ — fragte man. Jedoch niemand wußte etwas Genaues.

Es war Vesperzeit, und da das übliche Signal nicht ertönte, gingen wir hinab, um unsern Kaffee zu trinken. Auf dem schmutzigen Fußboden unserer Wube lag der größte und kräftigste aller Arbeiter, einen leeren Zementsack unter dem Kopf, zwischen zwei Balken. Seine Augen blickten starr und gläsern und sein Gesicht war totenblau, soweit das vor Blut zu sehen war. Er war bei Bewußtsein und stöhnte und wimmerte leise. Von seinem Kopf riefelte das Blut aus mehreren Wunden auf den Fußboden und seine Haare waren wie und befeht davon. Auch durch seine Kleider drang das Blut an mehreren Stellen. Seine linke Hand hing schlaff und gebrochen vom Arm und ein Bein schien ebenfalls mehrmals gebrochen zu sein.

Jemand lief, um eine Droschke zu holen. Der kleine Sohn des Meisters kam und fragte nach Namen und Wohnung des Verletzten und nach Jagen des Vorfalles, und Max L., der ihn hatte helfen heruntertragen, erklärte, er werde mit nach dem Krankenhaus fahren. Als der Verletzte das hörte, machte er vor Schreck einen Versuch, sich aufzurichten. Er konnte jedoch nicht einmal den Kopf von seinem Lager erheben und fragte nur mit verhallendem Schlußagen, ob wir ihn denn nicht nach Hause bringen könnten, er habe dort Frau und fünf Kinder. Es wurde ihm klar gemacht, daß das nicht möglich sei, und als mehrere von uns erklärten, zu seiner Frau hingehen und ihr Mitteilung machen zu wollen, daß er nur wiederholt:

„Aber sagt's ihr recht vorsichtig, ja? — recht vorsichtig!“ — Die Droschke kam. Als ihn fünf Mann anfaßten, um ihn hinunterzutragen, jammerte und wimmerte er laut vor Schmerz.

Gleich nachdem die Droschke mit dem Verletzten und zwei Begleitern weggefahren war, diskutierten wir bei unserm Kaffee in allgemeinen Zwiesgesprächen lebhaft die Ursachen solcher Bauunfälle. Da stand unser Baudeputierter H. A. auf und sofort verjammerte das wirrende Zwiesgespräch. „Kollegen“, sagte er, „es wird uns wohl alle interessieren, wie es das Unglück geschehen konnte, ob die Schuld den Arbeiter selbst trifft oder den Unternehmer. Ich möchte deshalb einmal die Kollegen, die den Vorzug gesehen oder in der Nähe gearbeitet haben, ersuchen, uns hier Aufklärung zu geben.“

Da legte Fritz E. sein Brot aus der Hand, erhob sich und sagte: „Das hat überhaupt niemand gesehen, kein Mensch nicht — ich habe mit Max dicht dabei gearbeitet — wie nun die Wube umgefallen war, da habe ich rufen hören: „Mauver, helf mir, Mauver, helf mir!“ Da sind wir sofort von der Müllung runtergerannt, und da hat er dann gelegen, da haben wir ihn angefaßt und rausgeschleppt — aber gelegen hat's kein Mensch.“

Ob er denn von der Leiter oder von der Müllung gefallen sei, fragte jemand; aber Fritz E. konnte das nicht bestimmt sagen. Der Verunglückte habe wohl die Leiter gegen die Mauer gestellt, und diese sei umgefallen, meinte er, vielleicht sei an der Leiter auch eine Spolse gebrochen, denn diese liege zertrümmert oben.

„Ja“, sagte Fritz E., „mit den Leitern sieht es ja hier ganz traurig aus, ebenso wie mit dem neuen Müllholz — überall fehlt es daran, und die paar Sachen, die hier sind, sind teilweise nicht mal zu gebrauchen. Wir müssen dafür sorgen, daß mehr und bessere Sachen hierherkommen.“

Da erhob sich Gustav A. und sagte: „Kollegen! Das ist die alte Geschichte, die wir immer wieder aufs neue erzählen müssen: Der Unternehmer hat viel mehr Interesse

mentarische Abhandlung zu schreiben, sondern nur einmal klarzulegen, warum ich und wohl noch viele Kollegen Gegner der politischen Arbeit innerhalb der Gewerkschaft bin. Es sollte doch jeder Arbeiter wissen, daß der Reichstag Gesetze machen kann, so gut und so viel wie er will. Wenn die Regierung, also in diesem Falle der Bundesrat, ihre Sanktionierung verweigert, ist alle aufgebote Arbeit unfruchtbar, wie auch erst kürzlich der österreichische Ministerpräsident Graf Tischaß im Reichsrat ganz unverblümt erklärte, daß die Regierung einem die Einfuhrverbote und ihre bestehenden Zollverhältnisse verändernden Beschluß des Hauses einfach nicht Folge leisten würde. Das heißt auf gut Deutsch: Wenn Ihr nicht so arbeitet, wie die Regierung will, so ignorieren wir Euch einfach, schicken Euch einfach nach Hause, wie wir es ja in Deutschland schon erreicht haben. Dieser Auspruch zeigt uns so richtig die Dummheit des Parlamentarismus. Mögen doch die Arbeiter daraus lernen, welches Gaukelespiel ihnen von den Politikern vorgebracht wird, die diesen Weisheitschlag gegen ihre konstitutionelle gesetzgebende Körperschaft nicht zu parieren wagten. Nun bliebe ja dem Kollegen Müller noch ein anderer Weg frei, nämlich das Herinzuweichen in den Sozialismus, wie es uns K. Marx „wissenschaftlich“ bewiesen hat, abzuweichen, worauf er wohl jedoch verzichtet wird, da es das Aller vor Methusalem's Spiel erreichen könnte und trotzdem nicht einen Schritt weiter wäre.

Wie können und müssen wir es nun beginnen, um doch zu unserm Ziele, dem Sozialismus, zu kommen? Es gibt da kein Hin und Her, kein rechts und links, sondern nur einen geraden Weg, und das ist der wirtschaftliche Kampf. Wenn wir noch viel intensiver auf gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Gebieten arbeiten, unsere Gewerkschaften von nicht dazu gehörigen Unterstützungseinrichtungen befreien, sie zu reinen Kampforganisationen zurückbilden, dann muß es uns gelingen, aus dem jetzigen Jammerthal ein Paradies für uns zu schaffen. Wir schließt da immer ein Wort Mirabeau's vor, der da 1788 den Privilegierten zurief: „Güet Euch, reigt dieses Volk nicht, das alles hervorbringt und das, um fürchterlich zu sein, nur unbedeutend zu sein braucht.“ Es ist nach meiner Meinung der Generalstreik und die direkte Aktion, vereint mit antimilitaristischer Propaganda, die den Ausschlag im Kampf um die Erringung des Sozialismus geben werden, und nicht der Parlamentarismus, dessen Bestirnwörter Bebel auf dem Jenaer Parteitag erklären konnte: „Gegen eine „vernünftige“ Kolonialpolitik haben wir (als Sozialdemokraten) ja nichts einzuwenden“, dessen Verteidiger Hindman, der Vater der britischen Sozialdemokratie, wie er sich mit Vorliebe nennen läßt, aus eigenem kapitalistischen Selbstinteresse als Direktor und Hauptaktionär der Cokk Gewerkschaft und Kanonen-Artilleriesellschaft m. b. H. in London dieses Jahr der englischen Regierung samt ihrer chauvinistisch-imperialistischen Exarabanten in Bezug auf Kriegsgeheimnisse nachsahen. Aus diesen Gründen will ich — und wohl noch viele Kollegen — mit der Sozialdemokratie, sowie mit andern politischen Parteien nichts zu tun haben, da ich weiß, daß es eitel Spiegelscherelei ist. Es liegt doch klar auf der Hand, daß es heute in wirtschaftlichen Kämpfen nicht mit Heilschen und Handeln abgetan ist, sondern daß man mit konominischen Machtmitteln aufzutreten muß. Um diese zu erlangen, gibt es nur einen Weg, und der heißt: Propagierung der sozialistischen Ideen, damit verbundene Erziehung eines jeden Individuums zum selbständigen Denken und Handeln und eine Kampfesolidarität, an der der Anwalt der Gegner, die ja von der Sozialdemokratie schon lange als „faul“ und „morsch“ bezeichnet werden, scheitern muß. Diesen Anwalt zu einem Leuten zu machen, das muß unsere Aufgabe sein. Darum: Mutig in den Kampf! Der Sieg muß unser sein, eingebet der Worte: Der Arbeiter hat weiter nichts zu verlieren als seine Fesseln, aber eine neue Welt zu gewinnen!

Es ist sonderbar: Kollege Bruno Müller hält sich für einen Sozialisten. In Wirklichkeit ist er ein Anarchist, der für die äußerst schwere politische Arbeit, die die Sozialdemokratie in den weniger Jahrzehnten ihres Bestehens schon geleistet hat, auch nicht das mindeste Verständnis hat. Er ist ein Feind des politischen Kampfes und damit ein Helfer der Reaktion, die die Arbeitererschaft beständig zu knebeln sucht. Denn alle Nebenarbeiten über, die Herbeiführung des Sozialismus durch Generalstreik und direkte Aktion zerplagen vor der Wirklichkeit wie Seifenblasen. Die Geschichte aller Völker und aller Zeiten lehrt, daß immer die Massen die Geschichte der Völker lenkten, die sich die politische Macht zu sichern suchten. Mächtig diese Klassen an Zahl auch noch so klein sein, sie waren immer in der Lage, selbst große Völker bis aufs Blut zu peinigen und auszubeuten. Sie konnten das, weil sie einig waren und ein festes Ziel und einen festen Willen hatten, während die Volksmassen uneinig und willenlos dahingegleiteten. Daß die Sozialdemokratie es verstand — nicht durch billige Nebenarbeiten, sondern durch opfervolle praktische Arbeit — den Volksmassen ein festes Ziel zu zeigen und sie mit einem einheitlichen Willen zu befehlen, einem Willen, den sie dem Willen der heute Herrschenden wirkungslos gegenüberstellen kann, das allein ist schon eine größere und wertvollere Tat, als sie die allem gemeinsamen Wirken und aller Unterordnung unter einem gemeinsamen Willen abgeleiteten „antiautoritären“ Anarchisten jemals erreichen werden.

Was haben die Gefinnungsgenossen Bruno Müllers in den Ländern, wo sie sich die Arbeitererschaft den Ausschlag geben, mit ihren Phrasen von Generalstreik und direkter Aktion erreicht? Haben sie die Annahme irgend eines volksfeindlichen Gesetzes oder die Anwendung solcher Gesetze gegen die Arbeiter verhindern können? Meineswegs! Haben sie die wirtschaftliche Lage der Arbeiter besser gestaltet, etwa einen höheren Anteil der Arbeiter am Ertrag der Arbeit, eine größere Verkürzung der Arbeitszeit usw. durchsetzen können als die sozialistisch geschnittenen deutschen Arbeiter? Im Gegenteil! Die „antiautoritären“ Pariser Bauarbeiter proklamierten schon 1908 den Achtstundentag und beschloßen gleichzeitig, ihn durch die „direkte Aktion“ zu „nehmen“ — sie arbeiteten heute noch zehn Stunden wie damals und werden, wenn sie sich auf die direkte Aktion verlassen, in zehn Jahren noch ebenso lange arbeiten. Die deutschen Bauarbeiter treiben keine direkte Aktion im Sinne des Kollegen Bruno Müller und ihrer französischen Kollegen, aber es gibt keine Stadt in Deutschland von auch nur annähernd der Größe wie Paris, wo die Bauarbeiter noch zehn Stunden schuften müssen. Das macht: die deutschen Bauarbeiter arbeiten weniger mit Phrasen und mehr mit Taten, das macht ferner: die deutschen Bauarbeiter sind in ihrer Mehrheit nicht mit unfruchtbar an anarchistischem oder anachozialistischem Geiste erfüllt, sondern mit gesundem, sozialistischem Geiste, der sie die Dinge mit klaren Augen ansehen lehrt.

Es ist geradezu unglücklich, daß ein vernünftiger deutscher Arbeiter, nachdem er jahrelang festhin mußte, wie ihn von einem reaktionären Parlament Lasten über Lasten aufgebürdet wurden, gegen die er sich auf keine Weise schütten kann, wie ein solcher Arbeiter für die Nichtbeteiligung am parlamentarischen Leben eintreten kann. Wie will er sich gegen die Ausplünderung durch die heute

herrschenden Klassen schützen? „Direkte Aktion“ sagt er. Gewiß, er kann, wenn er dauernd wie ein Hund leben will, die Begahlung der direkten Steuern verweigern; aber wenn er keine indirekten Steuern gabeln will, dann muß er entweder für die Abschaffung der indirekten Steuern wirken, also sich politisch betätigen, oder aber sich das Leben nehmen; denn alles, was er heute ist, wird durch indirekte Steuern verteuert. Kein Generalstreik und keine Lohnherabsetzung kann ihn vor der Verteuerung der Lebensmittel retten. Und weil dies so ist, deshalb halten wir jeden für verblendet oder für einen bewußten Helfer der Reaktion, der die Arbeiter zu politischem und parlamentarischem Vohlot auffordert. Im Parlament werden die Gesetze gemacht, unter denen die Arbeiter zu leben und zu leiden haben. Sie müßten dünner als die dünnsten Eitel sein, wenn sie die Gesetzgebung nicht in ihrem Sinne und zu ihrem Nutzen beeinflussen wollten. Durch die Gesetzgebung hat sich das Gäufler oltpreußischer Junker bis heute einen geradezu ungeheuren Einfluß auf das Leben nicht nur des preußischen, sondern sogar des ganzen deutschen Volkes gesichert. Und da sollten die Arbeiter talentlos ihren schlimmsten Feinden die weitere Gestaltung der Gesetzgebung überlassen? Sollten nichts tun, um die Volksausbeuter aus ihren politischen Schanzengarnen zu werfen und sich an ihre Stelle zu setzen? Wir sagen nochmals: dann müßten sie mehr als Eitel sein!

Eben jetzt bieten die Schmarfacher und Reaktionsäre alles auf, um Ausnahme Gesetze gegen die Arbeiter zustande zu bringen, um den Arbeitern das Streikpostenfischen unmöglich zu machen und ihnen dadurch ihr bisheriges Koalitionsrecht zu rauben. Glaubst du Kollege Müller, daß sich das reaktionäre und schmarfacherische Manditentum durch revolutionäres Gerede von seinen schamlosen Plänen abbringen läßt? Ach nein! Diese Gesellschaft kümmert sich den Teufel um solches Gerede; weiß es doch, daß nichts, aber auch absolut nichts dahintersteht. Wer soll sich um die paar anarchistischen Maulaufreißer und Phrasenbrecher kümmern, die der Sozialdemokratie zum Gaudium der Schmarfacher in den Mäden fallen? Wer soll ihr böses Geschwafel ernst nehmen? Die Feinde des Volkes sicher nicht, die können sich höchstens über die Dille freuen, die ihnen von solchen „revolutionären“ Arbeitern gewährt wird. Wenn man nicht will, daß den Gewerkschaften durch politische Manipulationen die Möglichkeit genommen wird, die Lage der Arbeiter durch wirtschaftliche Kämpfe zu verbessern, dann muß man dafür sorgen, daß die Arbeitererschaft selbst eine politische Macht wird, die der ihr entgegenstehenden reaktionären Macht gewachsen ist. Wer das hintertreibt oder durch revolutionäre Phrasen zu hintertreiben sucht, der handelt im Interesse der Feinde der Gewerkschaften und ist ein Verräter der Arbeiter.

Kollege Bruno Müller glaubt, sein Standpunkt wäre gerechtfertigt, weil die sozialdemokratischen Vertreter bis jetzt im Parlament nichts hätten leisten können. Gewiß haben sie nicht das leisten können, was sie gern geleistet hätten und auch noch leisten werden, aber doch nicht deshalb, weil ihrer bisher im Parlament zu wenig waren. Klar denkende Menschen werden aus dieser Tatsache schlußfolgern, daß die Arbeiter alle Kräfte aufzubieten haben, um in Zukunft mehr Abgeordnete von ihrer Gefinnung in die Parlamente hineinzubringen; Kollege Bruno Müller dagegen will umgekehrt dafür sorgen, daß gar kein Arbeiter-Abgeordneter in ein Parlament kommt. Ein

an seinen Profit, als an dem Leben und an den Knochen der Arbeiter. Es ist ja von schon öfter darauf hingewiesen worden, daß hier ganz schwere und gefährliche Arbeiten von ungelerten Arbeitern ausgeführt werden, sogar von solchen, die erst wenige Wochen auf dem Bau beschäftigt sind. Aber so ist es: Um die Arbeit zu bekommen, werden die Preise so gedrückt, daß der Unternehmer nachher den Profit, den er doch haben will, aus den Arbeiterknochen förmlich herauszupressen muß. So werden dann, um ein paar Pfennige zu sparen, ungelernete Arbeiter hingestellt, da spart man am Mißbrauch, am Material, da wird getrieben und getrieben, denn der Profit wird ja nicht groß genug. Und das Resultat? Nun, heute sehen wir es wieder mal so recht deutlich vor Augen. Der Arbeiter verliert seine Knochen, ist bisweilen sein Leben lang ein Krüppel und seine Familie kommt in Not und Elend, wenn er überhaupt mit dem Leben davonkommt. Wenn es dann irgend möglich ist, sucht sich die Berufsgenossenschaft auch noch um die Bezahlung der Rente zu brüden. Wir wissen ja alle, wie das gemacht wird. Da sucht man zu beweisen, den Arbeiter sei betrunken gewesen, es liege Selbstverschulden, Fahrlässigkeit, ja sogar Mord vor. Wenn das nicht geht, dann erklärt man ihn für geistlich oder wenigstens für bedeutend geisteskrank, sobald seine Knochen wieder notwendig zusammengefallen sind. Kollegen! Da von den Unternehmern bei den meisten Vorfällen erfragungsgemäß alles getan wird, um die wahren Ursachen solcher Unfälle zu berufen, halte ich es für angebracht, daß einige unserer Kollegen die Unfallstelle sofort besichtigen. Wir haben ja alle Ursache, daß richtig festgestellt wird, woran die Schuld an dem Unfall liegt; denn das liegt nicht nur im Interesse des Verletzten, sondern auch in unserm eigenen und in dem unserer gesamten Berufsgenossen.

Diesen Ausführungen stimmten mehrere Männer in kurzen Worten zu, dann gingen ihrer drei nach oben, um die Unfallstelle zu besichtigen.

Zu Frühstück am andern Tage gaben sie den Bericht. Der Befund der Unfallstelle lasse darauf schließen, daß der Verunglückte beim Herausnehmen der Wand nicht die dazu nötige praktische Erfahrung gehabt habe. Infolgedessen habe er Vorsichtsmaßregeln außer acht gelassen, habe wahrscheinlich die Arbeit selbst verkehrt angefaßt und sei dadurch zu Schaden gekommen. Dem Unternehmer lasse sich nur der Vorwurf machen, daß er nicht einen gelernteren oder sonst erfahrenen Arbeiter mit der Arbeit beauftragt habe. An eine gerichtliche Verfolgung sei indessen nicht zu denken.

Als wir am Montag nach dem Unglück beim Frühstück saßen, zog Max L. ein zusammengefaltetes Stück Papier aus der Tasche, reichte es dem Baudeputierten, der neben ihm saß, und sagte zu ihm: „Du, ich hab' ne Sammelliste machen lassen für den runtergefallenen Arbeiter, ich werd sie mal runtergeben lassen.“

„Erlaub mal“, sagte Gustav L., der jenen gegenüber saß, „es ist doch sonst nicht üblich, daß ein Kollege so etwas auf eigene Faust macht! Das unterbreitet man doch erst den Kollegen; man weiß ja gar nicht, ob sie überhaupt sammeln wollen. Wir kennen ja seine Verhältnisse gar nicht; vielmehr steht er finanziell besser da als jeder andere von uns und hat unser gesammeltes Geld gar nicht nötig. Ich habe zum Beispiel gehört, er sei gar nicht organisiert. Wenn er bis jetzt die Organisation nicht braucht, muß man doch annehmen, daß er unser gesammeltes Geld auch nicht nötig hat. Und —“

„Erlaub mal“, unterbrach ihn Max, „das trifft ja nun nicht zu. Ich hab' ihn gestern im Krankenhaus besucht, da hat er von seinen Verhältnissen erzählt und hat auch viel geklagt, daß es jetzt seiner Familie schlecht gehen werde. Seine Frau hat schon immer mitbedient — wie er sagt, hat sie genächt, bloß damit sie ihre fünf Kinder so einigermaßen anständig ernähren könnten. Also, daß

er finanziell so gut steht, das ist wohl ausgeschlossen! Und . . . ja . . . was nun das Organisiertsein anbetrifft — ja — organisiert war er ja nicht; er wollte sich aber, wie er mir sagte, eben aufnehmen lassen. Was da nun schuld war — ich weiß es nicht — ich glaube, er war Beamter — Telegraphenbeamter oder auf der Post — oder — na, so etwas ähnliches hab' ich gehört. Wahrscheinlich wäre er aber, wenn der Baudeputierte der Hilfsarbeiter seine Pflicht getan hätte, schon organisiert. Aber in deren Dube sollen ja noch mehr Unorganisierte sein. Daß nun der Verunglückte etwa ein Erbsol war, wie es manche gibt, nun, das wird wohl kein Kollege behaupten können; er ist doch jedem anständig entgegengekommen. Deswegen bin ich der Meinung, daß es nicht schadet, wenn wir für ihn sammeln.“

„Ist gut“, sagte der Baudeputierte, „ich werde das den Kollegen unterbreiten, die können sich ja erst mal darüber aussprechen.“ Er klopfte mit seinem Taschenmesser dreimal rasch nacheinander gegen das vor ihm stehende Weichblei- und sofort verumtumte das murrende Einzelgespräch. Die in der Zeitung gelesenen hatten, falteten diese zusammen, und die Blätter aller richteten sich auf den Baudeputierten. „Kollegen!“ sagte der, „unser Kollege L. hat die Absicht, für den runtergefallenen Arbeiter zu sammeln. Er hat sich vom Bauführer eine Liste machen lassen. Nun ist hier — so unter uns — gefagt worden, daß wir die Verhältnisse des Verunglückten gar nicht kennen; er sei auch nicht organisiert usw. Ich möchte die Kollegen ersuchen, sich darüber auszusprechen, ob wir sammeln wollen oder nicht. Vielleicht kennen einige Kollegen die Verhältnisse des Verunglückten näher. — Wir können ja jetzt darüber diskutieren und dann eventuell zu Mittag die Liste runtergeben lassen.“ Er wartete einen Augenblick, und da anscheinend jeder überlegt, sagte er nachdrücklich: „Na, Kollegen! spricht Euch aus.“

„Vergessen nicht“, da konnte man doch warten bis Sonnabend! — Wer soll denn heute noch Geld übrig haben?“

solcher Standpunkt scheint uns nur möglich zu sein, wenn man mit seinen Gedanken nicht mehr auf der Erde ist, wenn man sich in Träumen und Visionen wiegt, kurz: wenn einem der Kopf von anarchistischer Ideen so bezaubert ist, daß man für die Wirklichkeit, für die tatsächlichen Verhältnisse, für seine eigene Kraft und die der Gegner sowie für das ganze wirtschaftliche Geschehen keinen Sinn mehr hat. Es ist wohl richtig, daß eine Regierung einmal auf die Wünsche eines Parlaments pfeifen und das Parlament auslösen kann; sie kann das auch zum zweiten- und — vielleicht — zum drittenmal; aber die Regierung soll erst noch gefunden werden, die auf die Dauer gegen ein politisch reifes Volk regieren kann. Eine solche Regierung gibt es nicht und wird es nie geben. Daher ist die politische Aufklärung und Schulung des Volkes, nicht aber die politische Indifferenz, wie Kollege Bruno Müller das will, das einzige wirksame Mittel, um die Bedrückung und Ausbeutung, die heute auf den Arbeitern lasten, loszuwerden.

Freilich: zum Sozialismus oder gar zum politischen Anarchismus, wie ihn Bruno Müller vielleicht will, kommen wir dabei heute und morgen noch nicht. Aber zu ihm kämen wir erst recht nicht, wenn wir seine syndikalistischen Rezepte befolgten. Im Gegenteil: wir liefern uns damit nur selbst der Reaktion aus, machen uns machtlos und geben vielleicht den heutigen reaktionären Gewaltgebern selbst das Mittel in die Hand, die verfaßte, bis jetzt von Sieg zu Sieg schreiende Arbeiterbewegung auf einige Zeit im Blut zu erstickend. Daher halten wir es für geboten, daß die Arbeiterklasse den Weg weiter schreitet, den sie bis jetzt gegangen ist: den Weg der Aufklärung und der friedlichen sozialen und politischen Umgestaltung! Im übrigen wird die Sozialdemokratie, wenn sie erst die politische Macht in ihre Hand bekommen hat, nicht nur für eine obernünftige Kolonialpolitik eintreten müssen, sondern auch noch für manches andere, wovon sich Bruno Müller in seinen „revolutionären“ Visionen heute noch nichts träumen läßt.

### Aus dem Baugewerbe.

Zur Einführung. — Belebung der Eisenmärkte. — Feuerung und Kaufkraft der Arbeiterklasse. — Rückwirkungen auf die Wirtschaftslage. — Bauwindel und Großkapital. — Kapitalistische Abneigung gegen den zweiten Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen. — Urteile über den Berliner Baumarkt. — Hypothekenzinsen. — Belebungstendenz und Terrainspekulation. — Abschluß der Aktien-Gesellschaft H&F & Franke, Berlin. — Ausdehnung der Tiefbaugesellschaften. — Erzeugung der Zementpreise. — Syndikatsbildung in der märkischen Biegelindustrie. — Ein Dankgebet-Ning.

Mit dieser Nummer leiten wir eine Vervollständigung unserer Berichterstattung über die Vorgänge im Wirtschaftsleben ein. Bisher beschränkten wir uns auf den Abriss der wirtschaftlichen Rundschau des „Correspondenzblattes der Generalkommission“, auf eine regelmäßige Berichterstattung über den Arbeitsmarkt im Baugewerbe und auf gelegentliche Nachrichten über die Bauwirtschaft und den Wohnungsmarkt. Schon seit langer Zeit empfinden wir das als ungenügend. Die wirtschaftliche Rundschau des „Correspondenzblattes“ kann erklärlicherweise keine Spezialgebiete so eingehend behandeln, wie es

für die Angehörigen der einzelnen Berufsgruppen wünschenswert sein muß; sie muß sich notwendigerweise auf summarische Uebersichten beschränken. Die Berichte über den Arbeitsmarkt im Baugewerbe, die wir bisher monatlich veröffentlichten, erschienen uns nicht geeignet, ihren Zweck zu erfüllen. Das Arbeitsnachweisedienst im Baugewerbe ist allzu lidenhaft und zu zerfahren, als daß sich in seinen Ziffern die Verhältnisse des Arbeitsmarktes treulich widerspiegeln könnten. Diese monatlichen Berichte werden wir darum künftig nicht mehr bringen. Dagegen haben wir uns in diesen Artikeln, die wir den Titel „Aus dem Baugewerbe“ gewährt haben, höhere Aufgaben gestellt. Sie sollen in etwa zweiwöchiger Folge möglichst eingehende Materialien bringen über den allgemeinen Stand der Wirtschaft, soweit sie das Baugewerbe berührt. Sie sollen die Preisbewegungen der Baumaterialien, die Vorgänge am Terrainenmarkt, die Einfüsse der Terrainspekulation auf die Bautätigkeit, auf die Rentabilität des eigentlichen Baugewerbes und schließlich die immer machtvoller auftretenden Fusionsbestrebungen des Baukapitals beobachten. Wir hoffen damit nicht nur den Geschäftskreis unserer Kollegen zu erweitern, sondern auch unsern Kampfinteressen zu dienen. Die wirtschaftliche Rundschau des „Correspondenzblattes“ werden wir auch in Zukunft beibehalten.

Nach dem Abschluß der Marckoverhandlungen machte sich eine nachhaltige Belebung der Eisenmärkte geltend; bei wachsender Nachfrage zogen die Preise für die verschiedensten Erzeugnisse mehrfach und wesentlich an. Ist die Lage der Eisenindustrie auf das gesamte Wirtschaftsleben unzweifelhaft von großem Einfluß, so darf doch nicht verkannt werden, daß die Prosperität verschiedener, gleichfalls bedeutender Wirtschaftszweige noch von wesentlichen anderen Bedingungen abhängig ist. Vor allem kommen jene Produktionsgruppen in Betracht, die für den Massenkonsum arbeiten. Ihre Geschäftslage wird schnell und ausschlaggebend durch die Kaufkraft der erwerbstätigen Volksschichten bestimmt, die durch die schlimmste Lebensmittelerzeugung alle Aufwendungen über das notwendige Maß hinaus noch mehr als bisher einschränken mußten. Bei der Beurteilung der Gesamtlage darf ferner nicht übersehen werden, daß die Eisenindustrie in den letzten Jahren riesenhafte Erweiterungen erfahren hat, die zu einem Teil erst in den nächsten Monaten betriebsfähig werden. Ob mit der Ausdehnung der Produktionsbasis die Aufnahmefähigkeit der heimischen und ausländischen Märkte Schritt halten wird, kann erst die Zukunft lehren, immerhin ist Vorsicht geboten, da auch die übrigen Länder, die auf dem Weltmarkt konkurrenzieren, ihre Leistungsfähigkeit im Eiltempo entwickelt haben.

Von der im allgemeinen günstigeren Wirtschaftslage im vorstehenden Jahre hat naturgemäß auch der Baumarkt profitiert, inwieweil die baugewerbliche Konjunktur nicht in allen Teilen Deutschlands gleichmäßig war. Der Bauproduktion verschiedener Großstädte ist die durch den Frost verursachte Einschränkung der Bautätigkeit durchaus nicht unwillkommen, weil sie jede Gelegenheit, die tatsächliche Ueberproduktion, wenn auch nur kurzfristig zum Stillstand zu bringen, begrüßt. Vor allem trifft das auf Groß-Berlin zu, wo sich das Baugewerbe länger in einem krisenhaften Zustande befindet, dessen offener Ausbruch nur durch die übermächtige Stellung der Großbanken auf dem Terrains- und Baumarkt verhindert wurde. Beweise dafür ergeben u. a. die vom „Grundstein“ mehrfach

beröffentlichten Statistiken über die Zahl der leerstehenden Wohnungen und Häusern, nicht weniger beweiskräftig ist die ausgesprochene Stagnation des Terrainsgeschäftes. Daß sich trotzdem die wüst emporgeschraubten Terrainspreise nicht nur behaupteten, sondern eher noch eine Steigerung erfuhren, ist gleichfalls allein dadurch möglich gewesen, daß die Verkäufer-Banken krampfhaft an jenen hohen Preisen festhalten, die allen ihren Gründungen von Terrainsgesellschaften und den von ihnen gewährten Krediten zugrunde liegen.

Von solchen Verhältnissen, die keineswegs nur in Berlin herrschen, ist der Bauwindel untrügendbar. Kaufen zahlungsfähige Unternehmer, die ein solches Geschäft betreiben wollen, bei der herrschenden Ueberproduktion Terrains zu den überkuegerten Preisen, durch die alle Gewinnchancen vorweggenommen sind, so können sie ziemlich sicher darauf rechnen, ihr Geld zu verlieren.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Baugesellschaften von Berlin und den Vororten nahm kürzlich Stellung zu der Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen. Sie erkannte die auf dem Bauproduktionsmarkt bestehenden Mängel an, lehnte es jedoch wegen der schwerwiegenden Eingriffe dieses Gesetzes in das gesamte Wirtschaftsleben ab, die Einführung des zweiten Teiles von der Regierung zu fordern, so lange nicht alle Mittel und Wege erschöpft sind, um durch Ergänzung und strengere Durchführung des ersten Teiles, durch weitere behördliche Maßnahmen und Selbsthilfe der interessierten Körperschaften eine Abhilfe der Mängel herbeizuführen. Diese Erwägungen klingen gut und schön, aber wer die Verhältnisse der Bauproduktion kennt, muß zu dem Ergebnis kommen, daß auch eine strengere Anwendung des ersten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen ohne tiefgreifende Folgen bleiben wird, da die bisherige Vorkrit der großen Bauproduktion die Bichtung des Bauwindels geradezu zur Voraussetzung hat. Interessant sind die Äußerungen des Direktors Busch von der Bodens-Mittelländischen Bau- und Holzhandlung über die Wirkungen der Einführung des zweiten Teiles des Baugesetzes. Er erachtet es als selbstverständlich, daß sich alle großen Terrainsgesellschaften an eine Baugesellschaft angliedern müßten, durch die die Bewahrung ihrer Terrains auszuführen wäre. „Daß dieser Weg“, führte er weiter aus, „für die Terrainsgesellschaften infolge der Kassaeinkäufe zu einer wesentlichen Verbilligung der Bauten und damit zu einer nicht unerheblichen Verbesserung ihres Gewinnresultates führen würde, ist oft genug in der Öffentlichkeit betont worden. Es würden jedenfalls dem Kapitalaufwand erhebliche Gewinnchancen gegenüberstehen. Selbstverständlich würde dieses Verfahren dem Großkapital ein neues Uebergewicht verleihen gegenüber den kapitalschwächeren Handwerkern und Bauunternehmern, von denen die besseren Elemente vielleicht in Zukunft als Meister in den Werkstätten der Baugesellschaften ihr Unterkommen finden müßten.“ Rücksichtnahme auf die wirtschaftlich schwächeren und soliden Schichten des Baugewerbes ist ganz sicherlich nicht der Grund, der das Terrainskapital abhält, für die Verwirklichung des zweiten Teiles des Baugesetzes einzutreten. Sein Widerstand gegen die Einführung des zweiten Teiles entspringt lediglich der Furcht, daß die

Aber der Baudeputierte sagte: „Kollege, das kann doch nur zutreffen für Kollegen, die arbeitslos waren und die hier erst angefangen haben zu arbeiten; alle anderen Kollegen werden wohl heute noch einige Groschen übrig haben.“

„Ja“ jagte einer in seiner Nähe, „wenn es darauf ankommt — übrig hat von uns wohl keiner was, aber wenn's notwendig ist — man hat ja schon so oft gegeben. Das ist ja nicht schlimm.“

Da erhob sich Gustav L. und sagte: „Kollegen, darum handelt sich's ja nicht, ob das Sammeln schlimm oder nicht schlimm ist — ich glaube, jeder von uns wird gern geben, wenn einer unserer Klammern benutzend und dadurch seine Familie in Not kommt. Hier handelt sich's aber um die prinzipielle Frage, ob wir sammeln wollen für einen Mann, der es als Arbeiter nicht einmal für notwendig hielt, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Darum handelt sich's! — Und da bin ich allerdings der Meinung, daß es einem Arbeiter, der das nicht für nötig hielt, im Leben noch nicht schlecht gegangen sein kann, daß der Not und Glend an seinem Leibe noch nicht erfahren hat. Deshalb kann ich — vorläufig wenigstens — die Notwendigkeit des Sammelns nicht entbehren, und wenn kein Kollege stichhaltige Gründe für das Verhalten des Arbeiters anführen kann, dann möchte ich von der Sammlung abstrahieren.“

„Ich bin derselben Meinung“, sagte Erik O., „ich bin überhaupt kein Freund von solchen Unterstüßungen. Man kann doch nicht jeden unterstützen, der einmal in Not kommt! Wo sollte man denn da anfangen? Laßt doch das Staat und Gemeinde tun! Man bezahlt doch Steuern genug, zum Donnerwetter! — Mag doch der Staat die Krüppel davon ernähren. Wenn wir das so nebenbei, so aus reiner Barmherzigkeit tun, braucht sich ja am Ende der Staat um gar nichts mehr zu kümmern, und wir wollen doch dahin streben, daß der Staat für die

Arbeitsunfähigen aufkommt! Wenn wir aber schon für einzelne Personen sammeln wollten — Kollegen! — ich bin der Meinung, daß wir andere Leute unterstützen, Leute, die ihre Pflicht getan haben im Klassenkampf, die unsere Interessen vertreten und Opfer gebracht haben, und die mit ihren Familien aus Not und Glend gar nicht herauskommen. Wenn die vom Unternehmertum brutal auf's Pfahler geworfen werden — ja, Kollegen, die kommen nicht zu uns und sagen: „Wir haben für Euch gekämpft, Genossen — nun sammelt für uns.“ Da ist man nun auch nicht so schnell mit einer freiwilligen Sammlung zur Hand, trotzdem es da wohl oft angebracht wäre. Also, Kollegen, ich muß Euch ebenfalls abraten.“

„Mehrere riefen: „Sehr richtig!“ Der alte, grauföpfige M. aber nahm schnell einen Schluß aus seiner Kaffeeflasche, stand auf und sagte: „Kollegen! Was gegen den Verunglückten, selbst gesagt worden ist, das kann ich nur unterstützen.“ Für die drei brauchten wir nicht zu sammeln, ich bin aber der Meinung, daß wenn wir sammeln, wir es nicht für den Verunglückten, sondern für seine Familie, für seine Frau und seine unglücklichen Kinder tun. Die armen Arbeiter können einem doch leid tun, und auch die Frau, die können doch nichts dafür, daß der Mann so sehr ein Schlamassel ist.“

„Die Frau kann ja den Mann von seiner Pflicht zurückgefallen haben — das kommt doch oft vor, daß die Frauen schuld daran sind“, unterbrach ihn einer. „Wer mehrere jagten: „Laß ihn doch ausreden und melde Dich dann zum Wort!“

„Was der Kollege sagt — ist ja möglich“, fuhr der Alte fort, „die Kinder aber sind doch unglücklich. Fünf kleine Kinder, und das letzte soll bald kommen, so hat mir nämlich der eine Arbeiter erzählt, der am Sonnabend mit bei der Frau war. Und jetzt kommen die Festtage, da hat die Frau schon gesagt, daß sie in die größte Not kommen werde. Wir haben so oft für kranke Kollegen gesammelt,

da können wir auch mal für die armen Kinderchen sammeln. Wir können ja auf der Liste vermerken, daß wir nur einmal und nur für seine Familie sammeln, und wer das Geld abliefern, kann ja der Frau auch sagen, weshalb wir das tun.“

„So ist es — so kann es gemacht werden“, stimmten ihm mehrere bei, und sofort bedekte wieder alles durcheinander.

„Wünscht denn noch jemand das Wort?“, fragte der Baudeputierte. Niemand meldete sich; nur Gustav L. gab die Erklärung ab, daß er nach der Begründung des alten M. gegen eine einmalige Sammlung nichts mehr einzusetzen habe.

„Dann werden wir die Liste zurechtstellen lassen“, jagte der Baudeputierte, und als einer „abstimmen“ rief, fügte er hinzu, das sei nicht nötig; man habe nur distinkt, damit den einzelnen Kollegen die Entscheidung leichter falle. Jeder könne jetzt tun, was er für richtig halte. So akkreditierte die Liste, und jeder von uns zeichnete etwas ein; einige 25 S., andere 30 S., die meisten aber 50 S. Noch ehe wir damit zu Ende waren, rief das Signal zum Wiederbeginn der Arbeit.

„Eine Woche später verlas der Baudeputierte eine Karte, durch die sich der Verunglückte bei seinen Lieben Kameraden im Namen seiner Familie für eine Unterstützung von M 24,75 vieltausendmal herzlich bedankte. Zugleich reichte Mag. L. eine Quittung über denselben Betrag von der Frau des Verunglückten herum.“

Als der Verunglückte nach etwa acht Wochen, noch auf Krücken humpelnd, aus dem Krankenhaus entlassen wurde, sammelten wir wieder für ihn. Und obwohl keiner von uns mehr von der Organisation mit ihm gesprochen hatte, nahm er noch an demselben Tage einen Teil des für ihn gesammelten Geldes und ließ sich in die Organisation aufnehmen. Er hatte erkannt, was die Solidarität der Arbeiter bedeutet.“

(Aus dem Bauarbeitersender für 1912.)

Folgen seiner wilden Ueberspekulation nicht mehr in dem großen Umfange wie bisher den Ziekeranten und Handwertern aufgeschult werden könnten. Charakteristisch für die Beurteilung des Berliner Baumarktes ist die Erklärung der Baugesellschaft Kaiser-Wilhelmstraße zu Berlin in ihrem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht, daß sich die Zahl der leerstehenden Geschäftslöcher und Wohnungen selbst in den besseren Gegenden noch vergrößert habe und die bei der Gesellschaft im letzten Vierteljahr eingegangenen Kündigungen so zahlreich gewesen seien wie lange nicht."

Immer lauter werden die Klagen über die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Hypotheken, besonders von Hypotheken an zweiter Stelle. Auch diese Erscheinung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die maßlose Wirtshaft der Baupespekulation eine immer weiter um sich greifende Unsicherheit auf dem Baumarkte hervorgerufen hat. Hand in Hand mit der Steigerung der Bodenpreise erhöhten sich die Beträge der ersten Hypotheken, und die großen Beleihungsinstitute, die in enger Verbindung mit den Großbanken stehen, schlossen sich mit ihren Ärgern und Beleihungen dieser Entwicklung an. Die Verquickung und Verrippung der Großbanken mit den Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschaften bewirkte es auch, daß die Hypothekengelder jener Institute, sehr zum Schaden der Provinzen, übermäßig stark nach Berlin flossen. Nach dem Jahresbericht der Hypothekendarf in Hamburg im Jahre 1911 fallen von ihren Beleihungen auf Berlin und Umgegend 273 Millionen Mark, auf Ost- und Westpreußen 56 Millionen Mark, auf die Provinz Hessen-Nassau 49 Millionen Mark, auf die Rheinprovinz 43 Millionen Mark, auf die Provinz Posen 40 Millionen Mark, auf das Großherzogtum Hessen 19 Millionen Mark, auf Schleswig-Holstein 18 Millionen Mark und auf die Hansestädte 15 Millionen Mark. Neulich gestatteten sich die Beleihungen bei den meisten andern Hypothekenbanken. In jüngster Zeit hat sich darin allerdings eine kleine Veränderung vollzogen, weil durch die Schwierigkeiten des Berliner Baumarktes anscheinend die Staatsaufsicht, der die Hypothekenbanken unterstehen, jährender auf die Zurückhaltung der Beleihungsgrenze steht.

Glänzende Abschlußziffern für ihr am 30. September 1911 abgelaufenes Geschäftsjahr veröffentlicht die Aktien-gesellschaft Geld & Franke, Bauunternehmung in Berlin. Die Gesellschaft, die das reine Baugeschäft betreibt, erzielte nach Abschreibungen von M 220 401 gegen M 69 767 im Vorjahre einen Ueberschuß von M 445 528 gegen M 412 689 im Vorjahre, aus dem einem neu zu schaffenden Spezialreservefonds M 50 000 zugeführt und wieder 18 pZt. Dividenden verteilt werden. Trotz der gegen Ende des Geschäftsjahres eingetretenen Abwärtsbewegung der Bautätigkeit übernimmt die Gesellschaft, wie sie in ihrem Bericht bemerkt, in das neue Jahr eine Anzahl von zum Teil größeren Aufträgen, so daß sie bis auf weiteres voll beschäftigt ist. Sie ist seit dem vergangenen Jahre auch zur Uebernahme von Erd- und Tiefbauarbeiten übergegangen, und zwar erhielt sie sofort beträchtliche Aufträge bei der Herstellung des Wejer-Ems-Kanals. Technisches Material für Tiefbauarbeiten ist im Betrage von M 500 000 angeschafft worden, etwa M 115 000 wurden darauf sofort abgeschrieben, woraus sich auch die Steigerung der Gesamtabrechnungen gegenüber dem Vorjahre erklärt. Angesichts der Gewinnergebnisse der Gesellschaft ist die Erinnerung wohl angebracht, daß sie in einem besonders großen Umfange an öffentlichen Bauten beteiligt ist.

Unter den deutschen Tiefbaugesellschaften, vollzieht sich eine mächtige Bewegung. Die Tiefbau- und Kältelndustrie-Akt.Ges., vorm. Gedhardt & König in Nordhausen, beschloß vor wenigen Tagen die Erhöhung des Aktienkapitals um anderthalb Millionen auf 4 1/2 Millionen Mark. Die neuen Aktien dienen nach Mitteilung der Verwaltung zur Stärkung der Betriebsmittel sowie zur Ausdehnung der bereits bestehenden Interessen der Gesellschaft an belgischen und französischen Schachtbauunternehmungen. Gleich zur Verdoppelung ihres Kapitals schreibt die Julius Berger Tiefbau-Akt.Ges. in Berlin, der unlängst die Erdarbeiten für die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals bei Rendsburg übertragen wurden, und die jetzt auch von den schweizerischen Bundesbahnen die Erd- und Bauarbeiten des Hauenstein-Tunnels, der zur Verkürzung der Strecke Basel-Luzern dienen soll, erhielt. Dieser Auftrag stellt ein Objekt von etwa 24 Millionen Mark dar. Die Berger Akt.Ges. verteilte in den letzten 20 Jahren Dividenden von je 20 pZt.

Andauernde Preissteigerungen sind auf dem Zementmarkt zu verzeichnen, sie betragen 10 bis 25 und 30 pZt. Diese Steigerungen zeigen einschneidende Veränderungen der Lage des Zementmarktes an, auf dem nach Auflösung verschiedener Zementhyndikate im Jahre 1909 heftige Preiskämpfe ausbrachen. Mehrere der Syndikate sind bald nach der Sprengung wieder erneuert wor-

den; vor wenigen Wochen kam auch die Einigung der Ober-schlesischen und Berliner Werke zustande. An sich günstigere Absatzbedingungen haben den Zementhyndikaten die Durchführung ihrer vielfachen Preisverbesserungen erleichtert. Bei großen Zementverbräuchen in Mitteldeutschland ergaben sich in einer Zwischenzeit von vier Monaten Preissteigerungen von 25 bis 30 pZt.

Eine Synthetabildung ist auch nach langen Verhandlungen in der märkischen Ziegeleiindustrie erzielt worden. Unter Führung des Zentralverkaufskontors von Hintermauerungssteinen, Aktiengesellschaft in Berlin, schlossen sich die Vertreter von Ziegeleien, die insgesamt eine jährliche Leistungsfähigkeit von 900 Millionen Ziegeln haben, in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zusammen. Auch die Kassandsteinwerke will das neue Syndikat zum Anschluß bewegen. — In der deutschen Dachziegelindustrie ist nach Mitteilung der „Märkisch-Westfälischen Zeitung“ gleichfalls eine Bewegung zur Kartellierung im Gange; unter der Firma „Verkaufsvereinigung Deutscher Dachziegelhersteller“ wurde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet, der sich bis jetzt Fabrikanten mit einer Jahresproduktion von rund 200 Millionen angegeschlossen haben. Wie diese Vorgänge wieder zeigen, entwickelt das Kapital auf allen Gebieten einen ungeheuren Drang nach Zusammenschluß.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Die außerordentlich ungünstige Lage der meisten Textilindustrien. — Preischwankungen des Rohstoffes. — Der Plan einer Baumwollkartellierung.

Von den im allgemeinen günstigen wirtschaftlichen Ueberdichten haben sich die Jahresberichte über die Textilindustrien auffällig unvorteilhaft ab. Für einzelne Textilproduktionszweige, wie die Baumwollgewerbe, wird das Jahr 1911 sogar hier und da unvorteilhaft als ein Unglücksjahr bezeichnet. Die Ursachen hierfür sind zum Teil dieselben, die auf andere Gewerbe gleichfalls niederdrückend wirkten, nur daß die Textilgewerbe sie von jeher viel nachdrücklicher fühlten und daß die leichteren Gegenfaktoren in diesem Falle den Betroffenen weniger zustatten kamen. Hierzu rechnen vor allem die politischen Wirren in fast allen Erdteilen und an fast allen Ecken und Enden der Welt — Störungen, von denen eine so stark auf den Export nach aller Herren Ländern angewiesene Industrie naturgemäß am schwersten befallen wird.

Noch einschneidender wirkt die Schwächung durch die Schwanungen der Rohstoffpreise. Nach den vielbenutzten Preistabellen der Deutschen Bank sank beispielsweise die Bremer Börsennotierung für Baumwolle (15 Kilogramm in Pfennigen) in dem Feuerungsjahr 1910 niemals unter 72 1/2. 1911 finden wir den Höchstpreis mit 80 1/2, den niedrigsten Preis mit 48 1/2 Prozent — oder anders ausgedrückt: Die Liverpooler Notierung (für 1 engl. Gewichtspfund bezahlt Pence) sank 1910 nicht unter 7 2/3, während sie 1911 zwischen 8 1/2 und 4 1/2 hin und her pendelte und im großen und ganzen mehr und mehr eine rasch fallende Tendenz entwickelte. Jedes solche Schwankungen der Rohstoffgrundlage erschüttert naturgemäß wie ein Erdbeben die ganzen Ueberbau der Weiterverarbeitungsindustrien. Selbst die fallende Tendenz, obwohl billige Rohstoffe selbstverständlich den Absatz im Inlande wie im Auslande heben, hat ihre großen geschäftlichen Nachteile, solange nicht ein gewisser Mindestpreis und eine anerkannte Klärung der ganzen Marktlage erreicht ist. Große Vorräte von Rohstoffen und große Massen von Fabrikaten, die noch aus älteren, teureren Rohmaterialien stammen, erfahren eine pöbliche Entwertung, die selbst die gewissenhaftesten Dispositionen und Berechnungen der Unternehmer über den Häufen wirft. Vor allem werden, solange sich der Preisfall fortsetzt, alle Neubestellungen und alle Auftragsbestellungen nach Möglichkeit zurückgehalten, weil jedermann für später eine noch größere Billigkeit und damit noch profitablere Einkaufsbedingungen erwartet. Vielleicht ist es auch richtig, daß die Abgabein-schrankung, die durch den Verbrauch der Konsumierermassen für verteuerte unentbehrliche Lebensmittel notwendig hervorgehen muß, in erster Linie die Bekleidungs- und Textilgewerbe einschränkt, weil diese vorwiegend Massenartikel liefern.

Neuliche Grundzüge wie der Baumwollmarkt zeigte auch der Markt für Wolle, nur weniger ausgeprägt. Die Preise für deutsche und überseeische Wollen schlossen 1910 mit einem sehr hohen Stand, gingen dann jedoch im Verlaufe des Jahres 1911 ständig zurück; ihnen folgten alsdann die Preisvermindierungen für Kammtzüge, Kammlinge, Wollabfälle und Kunstmollen, bis endlich im Herbst 1911 eine Wiederaufbesserung der Preise einsetzte.

Das Zusammenwirken aller dieser Faktoren läßt die Klagen aus fast allen Textilgewerken begreiflich erscheinen und die Arbeiter aller Branchen haben die Wirkung des Geschäftsbruders lange Zeit verpöhlen müssen. So heißt es jetzt in dem Jahresbericht der Berliner Handelskammer: „Das Textilgewerbe stellt die Bedanke dar, die von den im Berichtsjahre auftretenden — anormalen Einflüssen am stärksten berührt wurde. . . . Gemindert wirkte auf die Entwicklung des Geschäfts der Rückgang der Preise für Seide, Wolle, Baumwolle, Zute (um die Mitte des Jahres) insbesondere, als die Käufer der Unsicherheit der Preisgestaltung wegen sehr starke Zurückhaltung übten und sich immer nur auf ganz kurze Termine dedten. Darunter litt besonders der Absatz der Erzeugnisse der Baumwoll- und Wollwarenherberei, während die Leinwandherberei infolge der Festigkeit der Stadtmärkte besser abschnitt. Für das Geschäft in Seidenwaren war die Mode nicht so unbringend.“ Als erfreuliche Ausnahme wird von dieser Stelle aus nur der Umsatz in Samt- und Plüschwaren, in Phantasiartikeln, Posamenten, in Strick- und Wirkwaren hervorgehoben. In andern Urteilen wird selbst diese günstige Auffassung noch bestritten und eingeschränkt. So schreibt der Rundschau der „Wassischen Zeitung“: „Auch für die deutsche Strumpf-

und Strichwarenindustrie sei das abgelaufene Jahr wenig befriedigend gewesen. Der Absatz nach Amerika, auf welches Land die Fabrikanten Schensens sehr angewiesen sind, stieg zeitweilig vollständig, andere Exportgebiete konnten dafür keinen Ersatz bieten. Ob sich im neuen Jahr ein Wandel zum Besseren vollziehen wird, läßt sich heute noch kaum sagen. Von den Vorlesern von Seidenartikeln, Wändern und Knöpfen wird das Jahr 1911 ebenfalls als den wenig befriedigenden geredet. Die Seidenindustrie zeigt auch am Schluß des Jahres 1911 keine besondere Belebung. Dieser Zweig hatte während nicht nur mit Schwierigkeiten bezüglich des Absatzes, sondern auch mit schlechten Preisen zu kämpfen.“ Als einziger Trost wird angeführt, daß die letzten Wochen endlich eine gewisse Besserung brachten und daß der Ausblick in die Zukunft weniger besüßelt erscheint, nachdem die Gefahr einer organisierten Baumwolltreiberei sich durch verbündete amerikanische Farmer und Finanzkapitalisten, wie neuerdings verlaudet, wieder verzogen hat.

Immerhin verdient dieser Plan, nicht ganz der Vergessenheit zu verfallen. Als im September die neue amerikanische Baumwollnotierung erstmals zu übersehen war, schätzte man den Ertrag auf 14 bis 15 Millionen Ballen, und selbst nach den bestimmteren Angaben des Washingtoner Ueberbautes wurde jeder frühere Höchstertag um mindestens 1/4 Million Ballen übertrieben. Die Preise sanken deshalb im Oktober rasch; noch unter die niedrigste während der letzten drei Jahre erreichte Notierung. Im September hatten sich die führenden Interessenten auf der Konvention in Montgomery (Alabama) für Aufrechterhaltung eines Minimalpreises von 14, oder doch mindestens 13 Centis pro Pound ausgesprochen, angesichts eines damaligen Preises von bereits 12 Centis, während in den nächsten Wochen die anschwellende Zufuhr einer Preissturz bis unter 9 Centis erzeugte. Eine Konferenz in New Orleans beschloß nunmehr eine allgemeine Zurückhaltung der Ware und große Finanzkapitalisten trauten von einer „Kartellierung“ wie beim Kaffee in Brasilien: für die zurückgehaltenen Farmer sollten einflussreiche Wirtschaftler des Bank- und Handelskapitals gemacht werden, so daß der Farmer nicht aus Geldnot loszuschlagen brauchte; vom dem Gewinn der preisverbundenen Transaktion beanspruchte dieses freigelegte mobile Kapital erklärlicherweise den Löwenanteil für sich selber. Vorläufig darf der Plan als erledigt gelten. Nur mit einem Wünderanbau von Baumwolle wird man für das nächste Erntejahr in den amerikanischen Südstaaten rechnen müssen. Max Schippel.

### Politische Umschau.

Die Verteilung der Wahlstimmen. — Westmanns Silberse. — Stichwahlparolen.

Die Erfolge, welche die Sozialdemokratie bei den Hauptwahlen am 12. Januar erzielte, sind tatsächlich noch großartiger, als sie in der vorigen Nummer unseres Blattes angegeben werden konnten. Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses hat ergeben, daß auf sie 4 250 329 Stimmen gegen 3 259 020 im Jahre 1907 entfallen sind. Sie hat ihre Stimmen vermehrt um 991 309 = 30,04 pZt. Ihre Stimmengahl macht 34,8 pZt., also über ein Drittel aller abgegebenen Stimmen aus.

Die fortschrittliche Volkspartei steigerte ihre Stimmen von 1 233 935 auf 1 628 886, also um 294 951 = 23,9 pZt.

Einen erheblich geringeren Zuwachs haben die Nationalliberalen zu verzeichnen; ihre Stimmengahl stieg von 1 637 084 auf 1 672 619, also um 35 535 = 2,1 pZt.

Diese drei Parteien und die Demokraten zusammen (letzte mit 29 444 Stimmen) bereinigten rund 62 pZt. aller gültigen Stimmen auf sich.

Die Stimmengahl des Zentrums verminderte sich von 2 179 743 im Jahre 1907 auf 2 035 290, also um 144 453.

Den Konservativen gelang es, ihre Stimmen von 1 060 209 auf 1 129 274, also um 69 065 zu erhöhen, während die ihnen verwandten Reichsparteiler ihre Stimmen von 471 863 auf 370 387, also um 101 476 verminderten.

Eine Verminderung weisen auch die Stimmen der Polen auf: von 453 858 im Jahre 1907 auf 441 736, also um 12 122.

Die dem schwarz-blauen Block gegenüberstehenden Parteien, Sozialdemokraten, Demokraten, Fortschrittler und Nationalliberalen, beachten es zusammen auf rund 62 pZt. aller gültigen Stimmen.

Eine starke Mehrheit der Wähler, hinter der eine noch stärkere Mehrheit des Volkes steht, hat also den schwarz-blauen Block verurteilt.

Wenn unsern Lesern diese Nummer unseres Blattes zugeht, werden auch die Stichwahlen erledigt sein. Die ersten 77 haben Sonnabend, 20. Januar, stattgefunden, und die übrigen werden bis zum 25. Januar folgen.

Hatte man schon die Hauptwahlen auf einen für die Masse der Arbeiter höchst ungünstigen Tag, einen Freitag, angelegt, und hatte schon diese Zeit für die schärfste Angriffe erfahren, so muß es als geradezu unerhört bezeichnet werden, daß man als Tag für die 78 von den 191 erforderlichen Stichwahlen gar einen Sonnabend wählte, der den Arbeitern noch ungünstiger ist als ein Freitag! Ueber die Resultate der am 20. Januar vorgenommenen Stichwahlen berichten wir an anderer Stelle unseres Blattes. Hier haben wir uns zunächst auf beschäftigte mit der Entwicklung des Wahlkampfes in der Zeit zwischen Hauptwahlen und Stichwahlen.

Obwohl die Reaktionsgehabten und die bürgerlichen Parteien mit Sicherheit schon lange große Erfolge der Sozialdemokratie in Rechnung gezogen hatten, hat die Tat-

sache, daß die „Umsturzpartei“ in der Hauptwahl mit über 4 1/2 Millionen Stimmen 64 Mandate gewann und in 123 Kreisen zur Stichwahl gelangte, doch geradezu niederstichend erklarend auf sie gewinkt. Kein einschüchternder Politiker hat geglaubt, daß Herr v. Bethmann-Hollweg mit seiner Sammelpolitik Glück haben werde. Seine in dieser Richtung erlassenen Kundgebungen, sein Versuch, die bürgerlichen Parteien zu einer „Phalanx gegen die Sozialdemokratie“ zu vereinen, sind so häufig gescheitert, daß man hätte meinen sollen, er würde nicht den Mut haben, die Versuche dieser Art für die Stichwahlen zu wiederholen. Und doch hat der geniale leitende Staatsmann das getan. Dabei hat er sich abermals ein schweres Mißgeschick zugezogen. Wenige Tage nach den Hauptwahlen mußte die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verkünden, daß es der Reichstänzer für seine Pflicht gehalten habe, noch einen Versuch zu machen, „um eine Verständigung unter den bürgerlichen Parteien auf der Grundlage gegenseitiger Unterstützung bei den Stichwahlen gegen sozialdemokratische Kandidaten herbeizuführen“. Der Versuch sei gescheitert. Schon bei den Vorgesprächen habe sich ergeben, daß die liberalen Parteileiter nicht bereit waren, an einer Konferenz teilzunehmen, in der eine allgemeine Vereinbarung auf der erwähnten Basis erwört werden sollte.

Bekanntlich hat Herr v. Bethmann öfter feierlich erklärt, die Regierung stehe „über den Parteien“, sie müsse sich nicht ein in den Streit der Parteien. Und nun hat er das Beispiel einer derartigen Einmischung krasser gegeben. Unter Einwirkung der ganzen „Autorität der Regierung“ hat er versucht, auf die bürgerlichen Parteien einen moralischen Druck auszuüben zwecks Zusammengehens gegen die Sozialdemokratie. Die moralische Niederlage, die er sich damit zugezogen hat, ist nicht minder reichlich verdient, wie die, die seinen Vorgänger, den Fürsten Bischoff, bei seiner Wadpolitik erlitt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nahm in ihrer anderthalb Spalten langen offiziellen Kladderatz zugleich Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die von Herrn v. Bethmann und andern „wachsamen Patrioten“, d. h. der „Scharfmacherlippigkeit“, geforderte Zuchthausvorlage nicht als besonderes Gesetz erscheinen soll, sondern daß die „maßgebenden Stellen“ beabsichtigen, dies Stück gegen das Koalitionsrecht und die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter gerichtete Ausnahmegesetz in das neue Strafgesetzbuch hineinzuarbeiten, das der neue Reichstag schaffen soll. Herr v. Bethmann-Hollweg muß sich mit dieser Ankündigung den Dank der Scharfmacher verdienen haben; auf die Arbeiter und alle reaktionsfeindlichen bürgerlichen Politiker hat sie nur die Wirkung gehabt, die Notwendigkeit einer starken Abwehr mehrheitlich im Reichstag gegen die Reaktion noch schärfer als bisher schon erkennbar zu machen. Für so tödlich halten wir Herrn v. Bethmann-Hollweg nicht, daß er geglaubt haben kann, mit dieser Ankündigung als Wahlparole von den Arbeitermassen und dem wirklich liberalen Teile des Bürgertums etwas für seine Politik zu gewinnen.

Uebrigens suchte der offiziöse Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in Hinblick auf die Stichwahlen auf die Beamten in der Weise einzuwirken, daß erklärt wurde, der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1912 werde „eine erhebliche Verstärkung der Unterstützungsfonds für Beamte und Unteroffiziere bringen“.

In einem andern Artikel, der ohne Zweifel auch auf Herrn v. Bethmann-Hollweg zurückzuführen ist, jammerte das offiziöse Blatt: jedes Mandat, das die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen noch erwerbe, werde sie „dem deutschen Bürgertum verhanden“; die bürgerlichen Parteien selbst würden die Schuld tragen, „wenn die rote Flut noch weiter ansteigt“; keine bürgerliche Partei könne gemeinsame Sache mit einem Gegner machen, dessen Lebens- und Kampfelement der Klassenkampf sei und der auf die „soziale Revolution mit der Abschaffung des Privateigentums“ hinfiele. Deshalb müßten die bürgerlichen Parteien allen vergangenen Gader untereinander vergessen und unter Niederwerfung der Sozialdemokratie „ihren Blick richten auf die Zukunft der Nation“. Das sind dieselben unsäglichen „ordnungs- und politikpolitischen“ Argumente, die die Reaktion im Laufe der Jahre immer wieder als schon gegen die Sozialdemokratie ausgespielt und als Wahlköder den bürgerlichen Parteien hingeworfen hat. Diese abgedroschenen Argumente, die ja nur einen Vorwand zur „Rechtfertigung“ der Reaktionspolitik bilden, üben auf die Massen der werktätigen Massen keine Wirkung mehr aus. All der dumme und frivole „ordnungs- und politikpolitische“ Humbug, daß die Sozialdemokratie eine „Gefahr für Staat und Gesellschaft“ sei, daß sie „alle Ordnung vernichten“, das Eigentum, die Familie, die Ehe usw. „zerstören“ wolle, ist ja auch jetzt wieder im Wahlkampf von allen bürgerlichen Parteien, auch von den Freisinnigen, gegen die Sozialdemokratie in gewöhnlichster Weise ausgespielt worden. Mit welchem „Erfolge“, zeigt das Resultat der Hauptwahlen vom 12. Januar und werden die Resultate der Stichwahlen noch weiter zeigen.

Alle Parteien haben Stichwahlparolen ausgesprochen. Wollig, harmlos und entschieden hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei die Aufforderung erlassen, überall da, wo nicht eigene Kandidaten in Frage kommen, in erster Linie für den Freisinnigen, falls dieser aber auch nur mit ein einziger Stimme für die Parteien des schwarz-blauen Blods einzutreten.

Nicht ganz konsequent und offen hat sich aber wieder einmal der Freisinn verhalten. Die Leitung der fortschrittlichen Volkspartei hat zwar erklärt, daß keine Stimme auf einen Kandidaten der Wadparolen fallen dürfe; aber sie hat es unterlassen, den Freisinnigen zu sagen, daß sie unter allen Umständen die Sozialdemokratie gegen diese Parteien zu unterstützen haben. Sie hat in diesem Punkte den Anhängern der fortschrittlichen Volkspartei freie Entschädigung überlassen und damit ihrer Parole „Wieder mit dem schwarz-blauen Blod“ gewissermaßen geradezu widersprochen. Enthielten sich freisinnige Wähler zum Nachteil sozialdemokratischer Kandidaten der Stimme, so ist das auch eine Unterstützung des schwarz-blauen Blods. Tatsächlich haben sich in einigen Stichwahlkreisen sogenannte „Fortschrittler“ nicht entbunden, entgegen der Stichwahlparole ihrer Parteileitung, mit den Wadparolen förmliche Abkommen gegen die Sozialdemokratie zu treffen. So hat der in Ruppini-Exemplin unterlegene „liberale“ Kandidat Bessing seine Parteigenossen aufgefordert, bei der Stichwahl für den konservativen Kandidaten, einen Exreaktionär, gegen den Sozialdemokraten zu stimmen. Weiter diese Art freisinniger Taktik wird nach Beendigung der Stichwahlen zu sprechen sein.

Charakteristisch ist, daß der geschäftsführende Ausschuß der national-liberalen Partei in seiner Wahlparole allerdings die Unterstützung der Freisinnigen in erster Linie berücksichtigt, die Unterstützung anderer Kandidaten aber dem Ermessen der einzelnen Landesorganisationen überläßt. Mit keinem Wort wendet sich die national-liberale Parole gegen den schwarz-blauen Blod; mit keinem Worte wird die eventuelle Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten in Betracht gezogen. Darin liegt offenbar Methode, die auf Begünstigung des schwarz-blauen Blods gerichtet ist. Es ist dem auch alsbald bekannt geworden, daß die Nationalliberalen in einer Reihe von Wahlkreisen Stichwahlabkommen mit den Blauen und den Schwarzen zur Niederstämpfung der Sozialdemokratie getroffen haben. Die Mandatschacherpolitik hat also trotz all des liberalen Kampfes gegen den schwarz-blauen Blod schon recht kräftig wieder eingesetzt. Es wird abzuwarten sein, ob und wie sie sich bei den Stichwahlen bewährt.

Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß in einer Reihe von Wahlkreisen die Fortschrittler den ersten und ehrlichen Willen bezeugen, die Sozialdemokratie gegen die Reaktionsparteien zu unterstützen. So die Söner fortschrittliche Volkspartei, die Wahlauschüsse dieser Partei in Kurhessen und in Bayern. Nachdrücklich sind sie an die freisinnigen Wähler herangetreten mit der Parole: alle Stimmen für die Sozialdemokratie. Wir glauben hoffen zu dürfen, daß diese und ähnliche gute Beispiele auch weitere freisinnige Kreise zugunsten der Sozialdemokratie beeinflussen werden.

Das Gebiet der auswärtigen Politik müssen wir in Rücksicht auf den Raum des Blattes auch dieses Mal wieder zurückstellen. Alles Wichtige, was sich auf diesem Gebiete ereignet hat, werden wir in der nächsten Umschau berücksichtigen.

## Bauarbeiterbewegung.

### Deutscher Bauarbeiterverband. Bekanntmachung des Vorstandes.

**Materialverband.** Der Berichtsbogen über die am 27. Januar 1912 erfolgende allgemeine Arbeitslosen-zählung ist an die Zweigvereinsverwaltungen abgegangen. Dieser Sendung war ein Verzeichnis über den Marken-Verband für Dezember 1911 und ein Fragebogen über die im letzten Quartal 1911 von den Zweigvereinen erfolgten Nachschickbewilligungen (Lohnfragen für die erste Instanz) beigelegt. Falls ein Zweigvereinsvorstand nicht in den Besitz dieser Sendung gelangt ist, so ersuchen wir, uns hier von zu unterrichten.

**Statistik über Arbeitslosigkeit.** Am 23. Januar ist das Material für die am 27. Januar stattzufindende Arbeitslosen-zählung an sämtliche Zweigvereine verbannt worden, und zwar Zusammenstellungsbogen (Formular II) an alle Zweigvereine und Zähllisten (Formular I) an die Zweigvereine, die uns um Zusendung von Zähllisten ersucht haben. Sollte einem Zweigverein im Laufe der letzten Woche kein derartiges Material zugegangen sein, dann ersuchen wir, uns dies umgehend mitzuteilen.

Aus einer Anzahl Zuschriften ersehen wir, daß in den Zweigvereinen Zweifel darüber bestehen, ob die in andern Verufen arbeitenden Mitglieder als arbeitslos oder als in Arbeit stehend zu betrachten sind. Es handelt sich bei der Arbeitslosenstatistik an Stichtagen in erster Linie darum, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe festzustellen. Und die würde nicht einwandfrei festgestellt werden, wenn Bauarbeiter, die in andern Verufen arbeiten, als in Arbeit stehend gezählt würden. Deshalb sind Mitglieder, die nicht im Baugewerbe, sondern in andern Verufen arbeiten, als arbeitslos infolge Arbeitsmangels zu betrachten und dementsprechend zu zählen. Auf den Zusammenstellungsbogen (Formular II) der Statistikformulare ist jedoch unter dem auszufüllenden Teil von den Zweigvereinen angegeben, wieviel von den infolge Arbeitsmangels arbeitslosen Mitgliedern an den Stichtagen in andern Verufen arbeiten.

**Reiseunterstützung der Statuten.** Im Anschluß an die diesbezügliche Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 2 des „Grundstein“ machen wir noch darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig ist, Unterstützung an solche Mitglieder zu zahlen, die nicht im Besitz eines Mitgliedsbuches (des neuen oder des alten) sind. Hat ein Statuten-seiner altes Buch gegen eine vorläufige Legitimation zwecks Umschreibung abgegeben, so muß er dem Vorstande Mitteilung machen, wenn er reisen will, damit ihm sofort ein neues Buch ausgestellt werden kann. Die Auszahlung der Reiseunterstützung auf Grund der vorläufigen Legitimation ist nicht zulässig.

**Sterbegeld** darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Zu den diesbezüglichen Anträgen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitglieds ist jeweils mit den Anträgen einzufügen.

Unterstützungsaufweisungen sind in der Zeit vom 18. bis 19. Januar erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitglieds	Beruf	Wahz.Nr.	Mann oder Frau
Altenburg	Franz Merker	Maurer	192844	Frau
	Herrn Munderlich	Hilfsarb.	198136	Mann
	Friedrich Maue	Maurer	294412	"
Wegenerleben	Julius Kühne	"	217154	"
Wangen	Paul Peters	"	7573	"
Berlin	Friedrich Ernst	"	145118	"
Wittorf	Paul Franke	"	241267	"
Breslau	Hermann Paul	"	70107	"
Chemnitz	Heinr. Andrewski	"	825974	"
Dormmund	Ernst Trepte	"	205774	"
Dresden	Erangoit Krenk	"	241462	Frau
	Otto Hadebel	"	20452	Mann
	Moritz Siefert	"	21808	"
	Albert Gusch	"	65592	"
Düsseldorf	Eduard Helm	"	195587	Frau
Flöha	Heinrich Engel	"	149844	"
Flüßa	Moritz Hilbig	"	194943	"
Gelsenau	Ernst Werner	"	128169	Mann
Grandsenz	Johann Kalitzki	"	128183	Frau
	Hans Gab	Hilfsarb.	19706	"
Hamburg	August Meyer	Maurer	241532	Mann
Harburg	Ferdinand Eick	"	205527	"
Hiltzberg	Albert Gentel	"	284421	"
Kiffingen	Salarius Kiesel	"	181563	Frau
Landsberg a. d. W.	Carl Pumpow	Hilfsarb.	130822	Mann
	Karl Höfeler	Maurer	180062	Frau
Leipzig	Karl Klotz	Hilfsarb.	33953	"
	Sermann Becker	Maurer	29858	Mann
Magdeburg	Wig. Gasmann	"	72464	Frau
Mannheim	Eugen Legen	"	87294	"
Milb.-Fichtenb.	August Frische	"	169116	Mann
	Sermann Helm	"	169127	"
München	M. Griebel	Hilfsarb.	40467	Frau
	Vol. Wilmeler	"	39484	Mann
	Job. Schüller	Maurer	221216	"
Neustifter	Wilhelm Thäger	"	227802	Frau
Neunpüttin	Frei Siebert	Hilfsarb.	138132	"
Norden	Ernst Siebert	"	207990	Mann
Nürnberg	Ernst Siebert	"	242272	"
Oderan	Ernst Siebert	"	192188	"
Planen i. V.	Josef Klotz	"	100566	Frau
Regensburg	Sebast. Nitzinger	"	120108	Mann
Schopfloh	Fr. Fischmann	"	179830	"
	Gr. Biermann	"	179806	Frau
Stuttgart	Wilhelm Braun	"	184687	"
	Ernst Fruch	Statutenr.	13969	Mann
Warel	Verh. Kistler	Maurer	207188	Frau

**Verlorene Mitgliedsbücher.** In der Zeit vom 18. bis 19. Januar sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzbücher dafür ausgestellt:

Wahz.Nr.	Name des Mitglieds	Geburtsort	Geburtsdatum	Eintrittsdatum
111522	Reber, Philipp	Mainz	19. 5. 70	18. 7. 08
11783	Brenzel, Robert	Siedelberg	26. 6. 74	26. 4. 07
104852	Fischer, Georg	Weiden	20. 6. 74	2. 6. 06
050382	Forster, Thomas	Unterlangau	24. 2. 92	25. 4. 11
70579	Wittinger, Georg	Trebnitz	18. 2. 75	30. 5. 09
040605	Grube, Heinrich	Schlendorf	16. 7. 91	27. 3. 11
183500	Saber, Sebastian	Solkstorf	20. 1. 67	3. 4. 09
063085	Hartung, Fern.	Sollberg	17. 2. 63	3. 5. 11
0155418	Heider, Karl	Schönbach	18.10.91	23. 9. 11
187872	Senke, Johann	Müßchen	13.11.74	1. 8. 04
175702	Hoffmann, Aug.	Neuland	2. 2. 77	27. 3. 98
0129716	Hübich, Johann	Ung. Oesterreich	12. 6. 84	18. 8. 11
036465	Jägle, Martin	Sonderrath	7. 4. 85	17. 4. 11
230449	Kießling, Karl	Grinna	17. 9. 90	1. 4. 09
220884	Kaufner, Ad.	Denkendorf	17. 6. 73	24. 5. 08
152604	Koch, Hugo	Verbrod	8. 4. 90	1. 3. 07
060482	Koch, Hugo	Verbrod	5. 5. 78	19. 4. 07
246398	Lippold, Friedr.	Barbaren	10.12.88	7. 3. 11
60559	Morgenroth, Joh.	Mühlau	12.11. 9	7. 1. 10
0496959	Mügg, Joh.	Starkenschwind	20. 6. 79	12.12.08
177588	Müller, Otto	Granzowice	7. 5. 72	26. 9. 11
029996	Witte, Heinrich	Gr. Althaus	10.11.87	15. 9. 06
222908	Wittlof, Fern.	Wardau	30. 3. 91	23. 3. 11
234816	Wichter, Josef	Döhlstedt	17. 6. 68	16. 9. 04
028825	Miesinger, Mich.	Rehmitz	10. 5. 61	2. 3. 10
60636	Sauter, Johann	Hadelberg	25. 9. 88	21. 2. 11
59213	Scherzer, Johann	Höfitten	9. 2. 81	24. 9. 09
85415	Wetterlein, Erno	Ullstädt	18. 3. 78	16. 5. 08
178679	Worlitz, Fern.	Weihenborn	25.11.91	10. 5. 09
0130864	Wülling, Eubwig	Goldap	23.10.86	3. 10. 09
		Duisburg	12. 2. 84	28. 7. 11



dabei M 371,05 entstanden. Einen erfreulichen Erfolg haben wir in der Mitgliederbewegung zu verzeichnen. Am 1. Januar 1911 hatte der Zweigverein rund 1600 Mitglieder, und zwar 746 Maurer- und 854 Hilfsarbeiter, am Jahresabschluss waren es 2001, und zwar 893 Maurer und 1108 Hilfsarbeiter. Am Schluss des ersten Quartals hatten wir 2148, am Schluss des zweiten 2499 und des dritten 2276 Mitglieder. Neuaufnahmen wurden 3319 erzielt. Die Fluktuation war also eine ungeheuerliche. Die Kassenverhältnisse haben sich gut entwickelt. Die Kassa hatte eine Einnahme von M 33.071,86 und eine Ausgabe von M 16.944,07, so daß am Jahresabschluss ein Bestand von M 16.127,79 vorhanden war gegen M 5329,36 am Anfang des Jahres. In die Hauptkasse konnten M 41.551,28 eingezahlt werden. In Unterstützungen wurden folgende Summen ausbezahlt: für Nachschuß M 108,93, für Gemeinnützigkeit M 106,90, für Kranke M 2445,52, für Streit M 371,05, und an Sterbeunterstützung M 412,50. Hinzukommen noch aus Lokalen Mitteln: an Reisende M 117,30 und an Anwalde M 180. Beiträge wurden im ganzen Jahre 91.555 geleistet gegen rund 68.000 im Jahre 1910 in den beiden alten Verbänden. Zur Belebung der Agitation wurden im Zweigvereinsgebiet 149 Versammlungen abgehalten. Für den Vorstand machten sich 19 Sitzungen notwendig. Auf den Arbeitsstellen waren 392 Delegierte tätig. Ein Teil davon hat seine Schuldigkeit getan. Die übrigen sind zum Teil recht flau gewesen. Für das kommende Jahr muß auch hier noch eine Besserung eintreten. Nach dem Kolbjud hatten wir folgende Eingänge: 154 Karten, 278 Briefe, 1 Einschreibebrief, 52 Postanweisungen, 2 Muster ohne Wert, 17 Druckfächer und 775 Briefe. Die Ausgaben betragen: 204 Karten, 417 Briefe, 9 Einschreibebriefe, 15 Postanweisungen, 1 Muster ohne Wert, 553 Druckfächer, 12 Depeschen und 40 Karte. — Kollegen! Hier habt Ihr in wenigen Zeilen den Erfolg unserer Arbeit ausgedrückt. Wir sind vorwärts gekommen, und zwar ein gutes Stück. Trotzdem ist noch viel zu leisten. Drum: Hand ans Werk! Helft mit den Verband ausbauen! Je besser wir das vollbringen, desto ruhiger können wir dem Jahre 1913 entgegensehen.

**Essen a. d. R. (Jahresbericht.)** Die Verschmelzung mit den Bauhilfsarbeitern hat zweifellos dazu beigetragen, daß sich ein inniges Zusammenarbeiten der Kollegen zum Segen für die Organisation bemerkbar machte. Da in unserm Gebiet verhältnismäßig wenig Bauarbeiter ansässig sind, richtet sich die Mitgliederzahl nach dem Stande der Konjunktur. Diese kann, wenn sie auch nicht annähernd an das Vorjahr heranreicht, als befriedigend bezeichnet werden. Der Handelskammerbericht, der Ende November 1911 abschließt, sagt: „Die Bautätigkeit im Essener Stadtgebiet war im allgemeinen, da sich eine Reihe öffentlicher Gebäude im Bau befanden und die Firma Krupp größere Aufträge gegeben hatte, eine rege, wenn auch die private Unternehmungslust etwas nachließ. Die Zahl der vom 1. Januar bis 1. November des Berichtsjahres bei der Stadtverwaltung Essen eingegangenen Konzeptionsgesuche für Wohngebäude war geringer als in den gleichen Monaten des Vorjahres (693 gegen 839), die Zahl der Gebrauchsmaßnahmen nicht unbedeutend höher (394 gegen 689). — In den Landorten war wenig Arbeit vorhanden. Nur Wollrop bildete eine Ausnahme. Hier herrschte eine fieberhafte Bautätigkeit. Die Gesamtsumme für den Bau im Frühjahr mehr Bauarbeiter Beschäftigung fanden als im Sommer und Herbst. — Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des ersten Quartals 2402, am Schlusse des zweiten 2413, des dritten 2204 und des vierten 2002, so daß im Durchschnitt 2255 Mitglieder vorhanden waren. Von diesen wurden 87.580 Beitragsmarken (einschließlich Arbeitslohnmarken) geklebt. Das macht pro Mitglied 38,3. Am Vorjahr wurden von beiden Organisationen 84.157 Marken verkauft. Naturgemäß sind nur die Bauhilfsarbeiter am Aufschwung beteiligt. Für die wurden im Berichtsjahre 27.643 Marken gegen 23.318 im Vorjahre umgesetzt, während für gelehrte Arbeiter 1911 59.937 und 1910 60.619 verkauft wurden. Neuaufnahmen sind 2092 zu verzeichnen. Als Zugereiste wurden 1861 und als Abgereiste 3718 festgestellt. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß wir, den Verhältnissen entsprechend, mit einer großen Fluktuation unserer Mitglieder zu rechnen haben. Auch in diesem Jahre werden wohl wieder Tausende Bauarbeiter, größtenteils Ausländer, in unser Zweigvereinsgebiet kommen. Da heißt es wieder, mit erneuter Kraft den Individualismus zu bekämpfen. Vor allem gilt dies bei den Betonarbeitern. Im Baugewerbe sind noch vollkommen ungesunde Verhältnisse. Die Ausbeutung blüht hier in Reinkultur. Niedrige Löhne, Überstunden, Nachtarbeit und so weiter sind hier die Regel. Bei den Ausländern, vorwiegend Holländern, haben wir überhaupt noch keinen Einfluß. Hoffentlich gelingt es uns in diesem Jahre, hier Wandel zu schaffen. — Auf Grund der vertraglichen Lohnherabsetzung in diesem Jahre verlustigten es unsere Mitglieder in den Zedern und Fabriken, Vorteile zu erringen. Auf mehreren Zedern wurden die Stundenlöhne der Maurer um 2 bis 4 % erhöht. Im allgemeinen sind die Löhne der Zedernmaurer um 2 bis 5 % pro Stunde niedriger, als die Vertragslöhne, die für das Privatbaugewerbe festgelegt sind. Bei der Firma Krupp erzielten unsere Kollegen eine Zulage von 2 1/2 % pro Stunde, so daß jetzt in den Feuerbetrieben ein Stundenlohn von 58 1/2 % bezahlt wird. Außerdem wird für heiße Arbeiten eine Vergütung von 40 % pro Schicht gewährt. Im Baufach der Kruppischen Fabrik sind infolge schlechter Organisationsverhältnisse die Stundenlöhne nur um rundweg 2 % erhöht worden. Es wird hier ein durchschnittlicher Stundenlohn von 56 % verdient. Dieses ist die gezielte „Wohlfahrt“ der Firma, die darin besteht, daß sie 3 % weniger pro Stunde zahlt, als jeder andere Bauunternehmer. Dafür ist der Meingewinn der Firma um so größer. — Er betrug 1911 18 Millionen Mark. Außerdem werden Hunderttausende zur Erhaltung des gelben Werberberges verausgabt und eine gelbe Waise ausgehalten, die nur im Unternehmerninteresse schreibt und in geradezu gemeingefährlicher Weise die Arbeiterorganisation bekämpft. Trotzdem lassen sich noch Hunderte Kruppischer Bauarbeiter auf diese Art und Weise das Fell über die Ohren ziehen, ohne sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. — Bezüglich des Bauarbeiterschusses liegen im Gesamtgebiet noch

arge Missetände vor. In der Stadt sorgt ja in beschränktem Maße die Wappolizei für Abhilfe; jedoch wird von dieser Behörde die Kontrolle der Warten nicht so ausgeführt, wie dies in unserm Interesse liegt. In den Landorten ist überhaupt nichts von beschränkenden Maßnahmen für den Bauarbeiterschuss zu merken, daher sind hier die Missetände auch geradezu haarsträubend. Wir sind völlig auf Selbsthilfe angewiesen. Es muß Aufgabe aller Kollegen sein, alle vorstehenden Missetände bei der Organisationsleitung zu melden, damit für Abhilfe gesorgt werden kann. — Am Gewerbegericht wurden im Berichtsjahre 230 Kollegen in 163 Klagen und 267 Terminen vertreten. Es war eine Summe von rund M 3050 eingeklagt. Durch Urteile und Vergleiche wurden für die Kollegen M 2496 gerettet. Durch Abweisung resp. Zurücknahme der Klagen wurden 30 Sagen mit einer Gesamtforderung von M 278 erledigt. Für neun Kollegen waren ausgesetzte Forderungen von M 214 wegen Zahlungsunfähigkeit der Unternehmer nicht einzutreiben. — Die Verschmelzung mit den Stukkatoren geht in unserm Zweigvereinsgebiet glatt vorwärts. Wir wünschen, daß sich die Stukkatoren bei uns heimlich fühlen-mögen und hoffen, daß es der gemeinsamen Agitationsarbeit gelingen wird, gefährliche Zustände im Stukkatoren- und Ruggewerbe zu schaffen. — Unsere Kassenverhältnisse sind gute zu nennen. Die Hauptkasse balancierte mit einer Einnahme und Ausgabe von M 58.231,05. Für die Lokalfasse wurden, einschließlich des Kassenbestandes vom Vorjahre, von den Maurern M 17.102,66 und von den Bauhilfsarbeitern M 1473,27, eine Einnahme von M 44.986,08 erzielt. Dem steht eine Ausgabe von M 22.814,99 gegenüber, so daß am Jahresabschluss ein Lokalfassenbestand von M 22.171,09 verbleibt. Im großen und ganzen können wir mit Befriedigung auf die Gestaltung unserer Organisation im Berichtsjahre zurückblicken; klar müssen wir uns jedoch darüber sein, daß wir noch ungeheuer viel zu tun haben, damit im ganzen Baugewerbe Essens der Individualismus beseitigt und bessere Zustände eingeführt werden. Unsere Parole lautet daher: „Alle Mann auf zur Agitation, damit wir 1913 unsern Schatzmachern mit guter Organisation und scharfen Waffen gegenüberstehen!“

**Königsberg.** „Sie lügen wie die Teufel — — —“. Die „Baugewerkschaft“ bringt in ihrer Nr. 1 unter dem Titel: „Sozialdemokratische Bruderschaft und Gemeinnützigen“ einen Bericht aus Königsberg, der von Verleumdungen und Entstellungen nur so wimmelt. Es wird berichtet, daß unsere Kollege Nordwig und Nißlaus bei einem Publikandum der Reger Vorkaufs- und Neubauer von unserm Verband und Weichnast und Bergau vom christlichen Verband beim Verteilen des Heberjuchses gröblich benachteiligt hätten. Die bei uns organisierten Reger hätten sich an unsere Verbandsleitung gewandt und unsere Ortsverwaltung, insbesondere der Kollege Krieße hätte unehrenhaftweise ein Vorgehen gegen die Betrüger und die Vertretung der Betroffenen abgelehnt, so daß sich unsere Kollegen Schutz und Vertretung vom christlichen Verbands hätten holen müssen. Um die Sache auf friedlichem Wege zu regeln, sei vom christlichen Verbands der Vorschlag gemacht worden, diese Angelegenheit in einer gemeinsamen Sitzung zu verhandeln. Unbegreiflicherweise hätte Kollege Krieße das abgelehnt. Vom Gewerbegericht seien sie dann verurteilt worden. Im ostspreussischen „Arbeiterboten“ Nr. 14 wird dann noch hingelogen, die Betrüger hätten von uns sogar Nachschuß bekommen. Was ist nun an der Sache wahr? Es trifft zu, daß die betreffenden Reger, wie es leider oft vorkommt, beim Verteilen des Heberjuchses in Streit kamen, und zwar behaupteten die angeblichen Betrüger, daß die Betroffenen einen Tag gar nicht gearbeitet hätten, hierfür zogen sie jedem M 7 ab. Die „Baugewerkschaft“ vergißt aber, zu berichten, daß gerade der christlich organisierte Bergau, der mit Nordwig und Nißlaus in einer Kolonne pubte, dies anregte und mit aller Entschiedenheit hierauf bestand. Als uns vom christlichen Verbands von diesem Fall Mitteilung gemacht wurde, vereinbarten wir mit dem, daß wir Mündlich darauf, daß beide Verbands Kläger und Beschuldigte hatten, jede Organisation ihre Mitglieder einladen solle. Wir laden dies mit Mündlich auf den früheren Anarchozialisten Weichnast, der jetzt christlich ist und uns bei jeder Gelegenheit beschimpft und verleumdet. Außerdem glauben wir, die Angelegenheit auch sehr gut geremittelt werden können. Wir laden darauf unsere vier Kollegen zur Sitzung, wer aber nicht erschien, waren die Kläger, nämlich Nordwig und Nißlaus anwesend waren. Wir sagten diesen beiden, wenn es wahr sei, daß sie ihre Kollegen betrogen hätten, so hätten sie damit unbedingt ihren Ausschluß bewirkt. Sie bestritten die Beschuldigung ganz entschieden. Da nun die angeblich Betragenen nicht erschienen waren, mußten wir von unsern Kollegen eingeleitet, sich bei uns Mündlich und Güte zu holen, sondern diese Behauptung der „Baugewerkschaft“ ist einfach erfunden und wegen dieser großen Verleumdung ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Nachträglich erfahren wir dann, daß die christlichen Reger beim Gewerbegericht klagten und daß sich ein Kollege von uns der Klage angeschlossen und dem Vorsitzenden der Christlichen Partei, Vollmacht gegeben hätte. Wie er hierzu kam, ist uns heute noch nicht klar; jedenfalls ist er von dem früheren Anarchozialisten Weichnast dazu bestimmt worden. Er hatte hierzu je keinen Anlaß, er hätte nur zur Sitzung, um er geladen war, zu kommen brauchen; wäre er später gekommen, so hätten wir die Sache auch noch verfolgt. Er scheint auch mittlerweile wohl eingesehen zu haben, daß er eine Dummelei begangen hat, denn er scheint es ab, zu einer Sitzung zu erscheinen, um die Sache klarzustellen. Allerdings werden wir uns nun noch weiter mit ihm beschäftigen müssen. Der Termin vor dem Gewerbegericht ist nun, weil uns die Angelegenheit stand, mit einem Vergleich beendet worden. Die Kläger behaupten, den einen Tag, wofür der Abzug erfolgte, gearbeitet zu haben; die Beschuldigten das Gegenteil. Am nicht noch mehr Terminverhandlungen zu haben, erklärten sich die Verklagten bereit, jedem Kläger M 7 zu bezahlen. Zumindest haben wir nun gesehen? Was soll der ganze Aufwand in der „Baugewerkschaft“? Aber wie sieht es im Lager dieser Moralhelden aus? Hat jemand bei uns eine Unterdrückung begangen, dann bekommt der christliche Verband ein Mitglied. Schützen wir einen Kollegen aus, weil er keine Mitsollegen beim Verteilen des Heberjuchses betrogen

hat, dann wird er im christlichen Verbands, auch wenn wir die Christlichen davon in Kenntnis setzen, in allen Ehren aufgenommen. (Beispiel: Schuhmann).

Der hiesige Zweigverein des christlichen Verbands ist in dieser Beziehung ein richtiger „Schutt- und Trümmerhaufen“ geworden. In letzter Zeit hat man noch den „berühmten“ Anarchozialisten Grafmann aufgenommen, der 1907 beim Uebertritt der Kollegen der „Freien Vereinigung“ nicht in unsere „berühmte“ Organisation wollte und M 50, die er an uns abführen sollte, für sich behielt. Über das macht nichts, die Christen sind nun einmal viel bessere Leute als wir!

**Odenburg.** (Jahresbericht.) Am 14. Januar fand die gutbesuchte Generalversammlung unseres Zweigvereins statt. Aus dem von dem Geschäftsführer, Kollegen Flach, erstatteten Jahresbericht sei folgendes mitgeteilt: Die von den Bestützern der Verschmelzung des Maurer- und Bauhilfsarbeiterverbandes vorausgesetzte günstige Entwicklung der neuen Organisation bestätigte sich in unserm Zweigvereinsgebiete in hervorragender Weise, was wohl am besten aus dem Mitgliederwachs hervorgeht. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1911 insgesamt 457. Es wurden im Laufe des Jahres 303 Kollegen neu aufgenommen, zugereist sind 242, macht einen Zugang von 545 Kollegen. Abgereist sind 190 Kollegen, ausgesprochen 10, gestorben 2, zum Verlust eingezogen 17 und wegen Schulden gekündigt 67. Insgesamt also ein Abgang von 286 Kollegen. Die Mitgliederzahl stieg, wie hieraus zu ersehen, von 457 im ersten auf 716 am Schlusse des vierten Quartals. An Beitragsmarken wurden 23.463 Stück geklebt, außerdem noch die Lokalfasse 642 Beibehalten zu 20 %, 5234 Sekretariatsmarken zu 10 % und 565 Lokalfondsmarken zu 30 %. Die Gesamteinahmen für die Lokalfasse betragen mit dem Kassenbestande von M 3879,56 am Schlusse des vorigen Jahres M 10.534,25, die Ausgaben M 5511,54, so daß ein Lokalfassenbestand von M 5022,71 zu verzeichnen ist, jedenfalls ein sehr erfreuliches Resultat. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M 14.427,20; M 10.790,71 ergibt die Hauptkasse davon in dar. Versammlungen fanden 22 statt, Vorstandssitzungen 17, Baudelegiertenitzungen 11. Außerdem fanden noch Versammlungen in den dem Zweigverein Odenburg neu angeschlossenen Bahnhöfen statt, und zwar in Westerstede 7, Augustfehn 6, Zwischlag 4 und Washede 3. Als im ersten Quartal 1911 die im Vorjahre strittig gebliebene Frage des Arbeitsnachweises wieder brennender wurde, d. h. als trotz des im Vorjahre in Bremen gefällten Schiedsspruchs, der den Unternehmern des Baugewerbes das Recht absperrt, den Arbeitern bei Einstellung die Benutzung des Arbeitsnachweises aufzuzwingen, dies trotzdem vom Arbeitgeberverbande fortwährend versucht wurde, sah sich der Zweigverein genötigt, die Sperre über den Nachweis zu verhängen, die auch heute noch besteht und bestehen bleiben wird, bis die Unternehmer zur Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises bereit sein werden. Die verhängte Sperre hat denn auch in vollem Umfang Erfolg gehabt; der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe in Odenburg ist zur gänzlichen Bedeutungslosigkeit herabgesunken und als ein Institut anzusehen, das aus einem Fahrabhandler als Nachweisinhaber und einem Nefflameschild besteht, während die so sehr begehrten Arbeiter des Baugewerbes bis auf den letzten an nichts weniger denken, als an die Benutzung dieses Monstrums von „Wohlfahrts-einrichtung“. Daß dies auch in Zukunft nicht anders werden wird, soll unsere vornehmste Sorge sein. — Die Entwicklung des Zweigvereins im ersten und zweiten Quartal zeigte, daß, wenn sich die Organisation weiter so entwickeln sollte, zu einer andern Regelung der Zweigvereins-geschäfte gegriffen werden mußte. Es wurde erwogen, ob es nicht gut sei, eine besolbete Person mit der Führung der Geschäfte zu beauftragen. Die mit den Vorarbeiten für die Anstellung betraute Kommission kam zu der Ueberzeugung, daß mit den bisherigen Einnahmen der Lokalfasse das Gehalt des Beamten nicht zu bestreiten sei. Daher beschloßen die Kollegen, den Lokalfassuchlag pro Woche von 5 auf 10 % zu erhöhen. Dies ist denn auch, wie die Ueberlegung der letzten beiden Quartale zeigte, ohne Schwierigkeit durchgeführt worden. Als Lokalbeamter wurde von 19 Werberben der Kollege Flach-Bremerhaven gewählt, der am 1. Juli seinen Posten antrat. Wie richtig die Situation von den Kollegen erkannt worden war, zeigte die Entwicklung des Zweigvereins im dritten Quartal, wo die Zahl der wahlberechtigten Mitglieder von 598 im zweiten auf 748 im dritten Quartal stieg, um dann naturgemäß im vierten Quartal infolge der vernehteten Abreisen auf 716 zu sinken. Gleich zu Anfang des dritten Quartals wurde der Zweigverein Westerstede-Rüschengau als Zahlstelle unsern Zweigverein angeschlossen; des weiteren wurde in Augustfehn, wo wir bis dahin keine Mitglieder hatten, eine zahlstellige ins Leben gerufen. Wie es mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen an Orten, wo die Kollegen der Organisation noch fernstehen, aussieht, zeigt recht deutlich Augustfehn. Dort wird den Maurern bei eifrigerer Arbeitszeit ein Stundenlohn bis herab auf 38 % pro Stunde gezahlt. Daß diese Zustände abgeändert werden müssen, sehen jetzt auch die dortigen Kollegen ein. Nege's Leben zeigt sich auf allen Organisationsgebieten, und die Zeit wird nicht fern sein, wo sich familiäre im Bauberufe beschäftigten Kollegen dem Deutschen Bauarbeiterverbande angeschlossen haben werden. — Durch die Statistiken gemittelt unser Zweigverein wiederum 30 bis 40 Mitglieder, und diese Zahl wird sich durch rege Agitation unter den der Organisation noch fernstehenden Stukkatoren noch erheblich vermehren lassen. — Die bisher immer noch mangelhaften Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe in Odenburg machten es notwendig, daß auch nach dieser Richtung hin für eine Besserung gesorgt wurde, was namentlich durch Abschluß eines Koloniartrates mit dem Deutschen Betonarbeiterverbande geschehen ist. Der neue Vertrag sieht diese Löhne vor: für gewöhnliche Betonarbeiter bis 1. April 1912 48 % pro Stunde, dann bis 1. April 1913 50 % und dann 52 % pro Stunde. Das sind 2 bis 4 % pro Stunde mehr als der Bauhilfsarbeiterlohn beträgt. Für anfangende Einsteiger beträgt der Lohn in denselben Zeitabschnitten 51, 53 und 55 % und für perfekte Zementierer und Einsteiger 58, 60 und 62 % pro Stunde; jedenfalls im Verhältnis zu den bisher hier für Betonarbeiter und Einsteiger



gezeichneten Höhen eine große Verbesserung. So ist denn im letzten Jahre der Grund gelegt worden, worauf die weitere Entwicklung und der Ausbau unseres Zweigvereins vorgenommen werden können.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

In dem letzten Nummern des „Stuffateur“ sind die 383 Kollegen, 295 Maurer und 178 Hilfsarbeiter neu gewonnen. Es soll heißen: In den Deutschen Bauarbeiterverband wurden 383 Kollegen umgewandelt, davon 205 Maurer und 178 Bauhilfsarbeiter.

Stuffateure.

Arbeitslosenstatistik der Stuffateure.

In den letzten Nummern des „Stuffateur“ sind die Filialverwaltungen des Stuffateurverbandes wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es notwendig ist, eine lückenlose Statistik über die im vergangenen Jahre vorgehenden gewesene Arbeitslosigkeit zu erhalten.

Für die weitere Feststellung der Arbeitslosigkeit im Beruf der Gipser und Stuffateure nehmen die Mitglieder des früheren Stuffateurverbandes, soweit sie den Uebertritt in den Deutschen Bauarbeiterverband vollzogen haben, vom Monat März an, an der von diesem Verbande veranstalteten monatlichen Arbeitslosenzählung teil.

Für die Orientierung über die Verhältnisse in einem Beruf ist eine möglichst umfassende Kenntnis der vorliegenden Arbeitslosigkeit von großer Wichtigkeit.

Holierer und Steinholzleger.

Der Kampf im Holiergewerbe kann nunmehr bei den Firmen, die Mitglieder des Zentralverbandes der Holierfirmen sind, als vorläufig beendet angesehen werden, nachdem auch unsere Kollegen in den Orten, wo ihnen die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse bei weitem nicht genügen (Selle, Hannover, Frankfurt a. M.), die Arbeit vorläufig wieder aufgenommen.

erkannt ist, und Zurücknahme einer von der Firma Grüne zweig & Hartmann gegen unsere Sektionsteilung und den Dresdner Zweigvereinsvorstand angestrebten Schadenersatzklage. Es sind dies durchaus keine unbilligen Forderungen.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Die amerikanischen Bauarbeitergewerkschaften im Jahre 1911.

Die günstige Wirtschaftslage und die etwas reger als in den Vorjahren betriebene Agitation bewirkten, daß 1911 die Mitgliederzahl der amerikanischen Gewerkschaften wieder in neuemwertem Maße zunahm.

Als „generosistische“ Organisationen wären zu nennen die anarcho-sozialistischen „Industriearbeiter der Welt“ und die einst mächtigen „Ritter der Arbeit“, von denen die modernen amerikanischen Gewerkschaften das zünftlerische Zeremoniell übernommen und leider nur zu fest beibehalten haben.

Unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern sind die Bauarbeiter am stärksten vertreten; von der Gesamtmitgliedszahl der dem Arbeiterbund angeschlossenen Gewerkschaften entfielen auf die Verbände der Bauarbeiter:

Table with 2 columns: Im Jahre 1903... 201200 oder 14 pZt., 1904... 281600, 1905... 238900, 1906... 295100, 1907... 305200, 1908... 305800, 1909... 292900, 1910... 360000, 1911... 373700.

Von 1903 bis 1911 nahm die Mitgliederzahl der zum Arbeiterbund gehörigen Bauarbeitergewerkschaften um 172500 oder 86 pZt. zu. Dazu kommen noch die der Landeszentrale nicht angeschlossenen Bauarbeitergewerkschaften, deren Mitgliederzahl nur für die letzten drei Jahre angegeben werden kann; es sind dies:

Table with 3 columns: 1909, 1910, 1911. Rows include Bricklayers, Masons and Plasterers' International Union (Maurer) with 61827, 76500, 82800; Brotherhood of Electrical Workers (sogenannte „Reid-Fraktion“) with 19000, 16000, 15000.

Insgesamt... 86927/98944/104810

Die Gesamtzahl der organisierten Bauarbeiter betrug im Jahre 1909 879 827, im Jahre 1910 468 944 und im Jahre 1911 478 510.

Zwei Arbeiterbund gehörten am Schlusse des Verwaltungsjahres 1911 (September) nicht weniger als 17 Bauarbeitergewerkschaften, deren Mitgliederzahl im einzelnen für 1910 und 1911 nachstehend angeführt ist:

Table with 3 columns: 1910, 1911. Rows include Bauhilfsarbeiter: Intern. Hod Carriers and Building Laborers' Union (11400, 12700); Eisenbahnarbeiter: Intern. Association of Bridge and Structural-Iron Workers (10000, 10000); Dachdecker: Slate and Tile Roofers' Union of America (500, 500); Dachdecker: Internat. Brotherhood of Composition Roofers etc. (1100, 1200); Pflasterer: Internat. Union of Tile Layers and Helpers (1900, 2100); Gittermacher: Intern. Union of Wood, Wire and Metal Lathers (5000, 5000); Installateure: United Association of Journeymen Plumbers, Gas Fitters, Steam Fitters etc. (20000, 20000); Isolierer: Internat. Association of Heat and Frost Insulators etc. (500, 800); Maler: Brotherhood of Painters, Decorators and Paperhangers (63500, 67600); Stukkateure: Operative Plasterers' International Association (15200, 14700); Steinsetzer: Internat. Union of Pavers, Rammern etc. (1500, 1500); Tunnelbauer: Internat. Union of Tunnel and Subway Constructors (1300, 1700); Zementarbeiter: American Brotherhood of Cement Workers (9000, 9000); Zimmerer: United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America (190400, 194600); Zimmerer: Amalgamated Society of Carpenters and Joiners (7100, 7800).

Insgesamt... 380600/373700

Hierzu sind einige erklärende Bemerkungen erforderlich. Nach dem Statut des Arbeiterbundes darf nur eine Organisation jeder Branche aufgenommen werden, weshalb das Arbeitsgebiet jeder der beiden Organisationen der Dachdecker und Installateure genau umgränzt ist; dennoch sind fortwährende Grenzstreitigkeiten unausbleiblich.

Der Verband der Elektro-Installateure hat sich vor drei Jahren wegen interner Streitigkeiten gespalten; Einigungsverhandlungen blieben bisher erfolglos — wegen angebornen Eigensinns der beiderseitigen Führer.

Der Maurerverband hatte bis 1910 nur die Streikunterstützung zentralisiert; nun wird auch zentralisierte Streikbegünstigung gezahlt, doch liegen noch keine Angaben über die Aufwendungen für diesen Unterstüztungsbeitrag vor.

Die unabhängige Organisation der Bauhilfsarbeiter gewährt nur Streikunterstützung, die „Reid-Fraktion“ der Elektrizitätsarbeiter pflegt die Streik- sowie die Ablehnungsunterstützung.

Von dem zum Arbeiterbund gehörigen Organisationen der Bauarbeiter verausgabten im Verwaltungsjahre 1911 für Streikunterstützung: die Bruderschaft der Zimmerer 249 177 Dollar, die amerikanische Distriktsorganisation der englischen Zimmerer 3365 Dollar, die Elektrizitätsarbeiter 12 000 Dollar, die Stukaturer 2400 Dollar, die Gas- und Dampfinstallateure 66 318 Dollar und die Fliesenleger 1000 Dollar. Die übrigen Verbände hatten entweder keine Streiks zu bestehen, oder sie haben nicht berichtet.

Für Sterbegeld verausgabten im letzten Verwaltungsjahre: Die Bauhilfsarbeiter (Hod Carriers) 3150 Dollar, die Eisenbauarbeiter 12 300 Dollar, die Elektrizitätsarbeiter (McNulty-Fraktion) 11 800 Dollar, die Schiefer- und Ziegeldocker 1100 Dollar, die Kompositionsdachdecker 2500 Dollar, die Gasinstallateure 12 800 Dollar, die Gittermacher 5900 Dollar, die Dampfinstallateure 2500 Dollar, die Maler 101 200 Dollar, die Stukaturer 18 450 Dollar, die Tunnelbauer 1600 Dollar, die Bruderschaft der Zimmerer 279 107 Dollar und die amerikanische Distriktsorganisation der englischen Zimmerer 1450 Dollar. Von den amerikanischen Bauarbeiterverbänden haben nur die Gasinstallateure die die Krankenunterstützung zentralisiert; sie verausgabten dafür im letzten Verwaltungsjahre 38 960 Dollar. Außerdem wird lokale Krankenunterstützung von einem Teile der Ortsvereine anderer Verbände gezahlt.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

**Altena.** Ein schwerer Baumfall ereignete sich am 11. Januar im benachbarten Oberlingfen. Dort wird von dem kommunalen Elektrizitätswerk eine Zentrale errichtet, mit deren Ausführung eine Firma aus Duisburg beauftragt ist. An dem betreffenden Tage waren die Eisenkonstrukturen in Gemeinschaft mit einigen Bauarbeitern damit beschäftigt, die Eisen zu verlegen. Die Hebung geschah mittels Flaschenzugs, der an einem Dreibein befestigt war. Beim Verchieben dieses Dreibeins schlug letzterer um und eine Stange traf den Arbeiter Robert Sauer so unglücklich, daß ihm das Hüftgelenk gebrochen wurde. Er wurde nach Altena ins Johanniter-Krankenhaus geschafft, wo er am 15. Januar seinen schweren Verletzungen erlag. Wen die Schuld an dem verheerlichen Unfall trifft, wird wohl die eingeleitete Untersuchung ergeben. Ob die Unfallverhütungsvorschriften genügend beachtet worden sind und die Ausrüstung die nötige Sorgfalt hat walten lassen, möchten wir stark bezweifeln.

**Berlin.** Ein Baumfall, der leicht entzündliche Folgen haben konnte, ereignete sich am 19. Januar auf dem Gelände Süssenthals 20/31. Dort läßt die Allgemeine Elektrizitäts-Aktiengesellschaft eine große eiserne Halle errichten. Zu diesem Zwecke hat man ein Gerüst gebaut, um mit dieser Hilfe große eiserne, etwa 15 m hohe Stützen an der Front zu errichten. Nachdem man zwei davon aufgerichtet hatte, wollte man die dritte aufstellen. Kaum war dies geschehen, als sie umfiel, den Baumgang durchschlagend, einen Teilbaum der elektrischen Straßenbahnleitung zerstörte und auf die Stützen der elektrischen Straßenbahnlinien fiel. Ein Straßenbahnwagen hatte wenige Sekunden vorher in sehr starker Fahrt die Unfallstelle passiert; wäre er etwas langsamer gefahren, so wäre es durch die Eisenmasse zertrümmert worden.

**Casfel.** In einem Neubau an der Königsstraße fiel am 15. Januar einem Zimmermann ein Balken auf den Kopf. Er wurde stark blutend, jedoch anscheinend nicht lebensgefährlich verletzt, dem Landkrankenhaus zugeführt.

**Dorndorf.** Hier ereignete sich am 17. Januar ein schweres Unglück. Die Zimmererfirma Georg Wolfram und Karl Sandl, beide aus Dorndorf, waren beim Abreißen eines Gerüsts an der gemischten Fabrik beschäftigt, als plötzlich das Gerüst nachgab und beide in eine Tiefe von ungefähr 10 m stürzten. Sie wurden schwer verletzt vom Blute getragen.

**Dormund.** Am 11. Januar stürzte der 19 Jahre alte Zimmermann Beliegt an dem Neubau eines Kinematographentheaters ab und erlitt einen Schädelbruch. Er starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

**Duisburg.** Vom Theaterneubau stürzte am 12. Januar ein Arbeiter ab. Er wurde benennungslos in das Diafonen-Krankenhaus gebracht.

**Glader.** Der bei der Firma Vollenborn aus Mühlheim beschäftigte Maurer Wobdrich stürzte am 19. Januar auf der Kolonie Zwickel beim Gerüstabbruch von der ersten Etage ab, so daß er schwer verletzt in das hiesige Krankenhaus gebracht werden mußte. Hierbei muß leider konstatiert werden, daß viele Kollegen bei derartigen Arbeiten nicht immer die Vorsicht beobachten, wie dies im Interesse ihrer Gesundheit geboten ist.

**Guben.** (Bauarbeiterschutz vor Gericht.) Am 17. Januar hatte sich der Tiefbauunternehmer Nelson vor dem Schöffengericht in Guben wegen Verletzung der baupolizeilichen Vorschriften zu verantworten. Er hatte einen nicht der Vorschrift entsprechenden Unterkunftsraum für seine Arbeiter geschaffen und wurde dafür zu M 10 Geldstrafe, eventuell zwei Tagen Haft und die Kosten verurteilt. Zur Entlastung gab er an, er habe ein Zimmer in einem Restaurant als Unterkunftsraum gemietet. Diese Ausrede ließ aber das Gericht nicht gelten. Reklamationen seien keine Unterkunftsräume für Bauarbeiter, weil die Arbeiter dabei den Wirten in die Hände fielen. Dieses Urteil sollte die Bauarbeiterschutzkommissionen beachten, da es im Tiefbaugewerbe zum Teil üblich ist, daß die Arbeiter auf Stuppen angewiesen sind, wenn sie ihre Mittagzeiten nicht im Freien einnehmen wollen.

**Kaufbeuren.** Am 10. Januar verunglückte unser Kollege Jof. Haf auf seinem Neubau in Schongau, indem er von einer Leiter circa 10 m herabfiel. Er trug dabei schwere innere Verletzungen, davon und mußte in das Krankenhaus Schongau eingeliefert werden. Dieser Unfall dürfte eine Folge der Nichtbefolgung baupolizeilicher Vorschriften sein, indem das Schutzeis an dem Gerüst fehlte und so die Leiter ausrutschte konnte.

**M. Gladbach.** Im benachbarten Gerdt ereignete sich am 14. Januar bei einem Brunnenbau ein schwerer Unglücksfall. Der Arbeiter Lampe, Vater mehrerer Kinder, der sich in dem bereits zum Teil ausgegrabenen Brunnen befand, wurde verschüttet. Der Brunnenbauer-Geselle Wirth verjagte ihn zu retten und hatte ihn auch schon zum Teil wieder von den Erdmassen befreit, als neue Massen des lockeren Erdbrechs nachstürzten und auch ihn begruben. Beide Männer sind tot. Es sind etwa 50 Personen damit beschäftigt, die Leichen auszugraben. Auch die M. Gladbacher Berufsvereiner wurden alarmiert, ist jedoch wieder zurückgezogen, da an eine Rettung der beiden Verschütteten doch nicht mehr gedacht werden konnte.

**Neuenheim.** An einem Neubau gab die Verschaltung des neubetriebenen Ballons nach. Der Ballon, auf dem sich der 35 Jahre alte verheiratete Maurer J. Weisel aus Handshausheim befand, stürzte in die Tiefe. W. trug schwere innere Verletzungen, davon.

**Nadolsfel.** Am 11. Januar stürzte infolge Betonbruches an einer Veranda ein Bauhilfsarbeiter mit einer vollen Wirtelkiste 3 m hoch ab. Er brach den rechten Fuß zweimal und den linken einmal. Außerdem erlitt er noch verschiedene Verletzungen. Die Ursache des Unfalles ist jedenfalls die mangelhafte Bearbeitung der Eisenstäben. Der Bauherr stellte das Material selbst. Mit dem Bauarbeiterschuß sieht es in Nadolsfel überhaupt nicht am besten aus. Es wird für unsere Kollegen gut sein, wenn sich jeder wieder mehr um diese wichtige Frage kümmert und nicht so gleichgültig über solche Unfälle hinweggeht.

**Stahlfeld.** Eine ganze Reihe von Unglücksfällen ereignete sich auf dem Höffenschen Werk. Ein achtzehnjähriger Monneur stürzte von einem Neubau herab und fiel auf ein Wellblechdach, wodurch der Sturz gemindert wurde. Die Verletzungen waren aber immerhin so schwer, daß er schließlich in das Spital nach Mex übergeführt werden mußte. Einige Stunden später machte an demselben Neubau ein 23 Jahre alter Arbeiter einen Todessturz, indem er herabfiel und einen Bruch der Schädelkapsel davontrug, wodurch augenblicklich der Tod herbeigeführt wurde. Der Verunglückte war die einzige Stütze einer Witwe aus Marange. Zwei andere Arbeiter, die bei dem Bau eines Kamins auf dem Höffenswerk beschäftigt waren, stürzten am 10. Januar herab. Der eine war auf der Stelle tot, während der andere schwer verletzt in das Spital übergeführt wurde.

**Tapien.** Der Maurermeister Stürmer hatte bei Fahrzeug-Cremetten zum Schutze der dortigen Regelfläche der Eisgang Mannarbeiten auszuführen. Dabei stürzte der große Mannbock um und begrub unter sich den Arbeiter Lorett. Lorett erlitt außer einem komplizierten Weindruck so schwere innere Verletzungen, daß er nach drei Stunden starb. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit drei Kindern im Alter von vier bis zehn Jahren. Das fallende Gerüst verletzte außerdem den Arbeiter Müller aus Tapien an Kopf und Brust, so daß seine Ueberführung in das Krankenhaus erfolgen mußte.

**Wittenberge.** Ein tödlicher Unfall ereignete sich am 11. Januar auf dem Neubau des Wassermeisters Pösch in Stepenitz. Der Zimmermann Stier kam infolge Ausrutschens so unglücklich zu Fall, daß er schon auf dem Transport nach seiner Wohnung starb.

**W. C. Die Bau- und Terraingesellschaften im Jahre 1911.** Die gesellschaftliche Unternehmensform hat gerade auf dem Gebiete des Bau- und Terraingeschäfts in den letzten Jahren recht bedeutende Fortschritte gemacht. Die kapitalträchtigeren Aktiengesellschaften haben besonders in den Großstädten einen erheblichen Teil des Baugeschäfts an sich gerissen, naturgemäß unter Verdrängung vieler mittlerer und kleinerer Bauunternehmer. Man würde jedoch zu weit gehen, wenn man die zahllosen finanziellen Zusammenbrüche von Aufsteimern ausschließlich dem rastlosen Vordringen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. zuschreiben wollte. Der Betrieb des Bau- und Terraingeschäfts erfordert bei den hohen Bodenpreisen und angesichts der Schwierigkeiten, die sich bei Beschaffung von Baugelbden und Hypotheken ergeben, heute relativ große Kapitalien, die vom Einzelunternehmer vielfach nicht in hinreichendem Maße aufgebracht werden können. Das abgelaufene Jahr stand im Zeichen einer scharfen Propaganda für Befähigung des Bauhandwinds. Was zu einem gewissen Grade mag die Enttäuschung über die sogenannten „Bauschieber“ gerechtfertigt sein, es wird jedoch auch hier zweifellos arg über das Ziel hinausgeschossen. Der mancher- solche Unternehmer, der infolge der oben erwähnten Schwierigkeiten einen Bau vor der Vollendung aufgeben mußte und selbst dabei schwere finanzielle Verluste erlitten hat, wird stumpflos den Bauschiebern zugestimmt. Das praktische Ergebnis der vielen Debatten usw. über den Bauhandwind wird vielleicht die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Auforderungen sein. Damit würde die Hinterlegung eines Drittels der Baufosten obligatorisch gemacht. Es kam wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß eine solche gesetzgebende Maßnahme für die Bau- und Terraingesellschaften eine weitere recht beachtenswerte Begünstigung bedeuten würde. Die mittleren und kleineren Einzelunternehmer würden dann erst recht in eine kritische Lage kommen. In den letzten Jahren war die Unternehmungslust bei den Bau- und Terraingesellschaften außerordentlich reg. Neben Aktiengesellschaften mit zum Teil recht ansehnlichen Grundkapitalien wurden vor allem zahlreiche Gesellschaften m. b. H. gegründet. Die Form der letzteren wurde vielfach auch gewählt, um der Wertzuwachssteuer usw. zu entgehen. Infolgedessen zeigt sich ein ganz auffallendes Anwachsen von Gesellschaften m. b. H. die nur über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestkapital von M 20 000 ver-

fügen. Besonders in Berlin und Borsdorf war eine starke Zunahme derartiger Neugründungen zu beobachten. Die Summe der Neubestellungen belief sich bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Jahre 1911 auf 63,78 Millionen Mark. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Abnahme um 24,95 Millionen Mark. Von der Neubestellungen im Jahre 1911 entfallen auf Kapitalerhöhungen 11,34 Millionen Mark und auf Neugründungen 52,44. Es sind im ganzen 640 neue Bau- und Terraingesellschaften entstanden. Davon entfallen auf die Aktiengesellschaften 26 mit 124,77 Millionen Mark Nominalkapital. Das gesamte Stammkapital der 614 neuen Gesellschaften m. b. H. belief sich auf 36,47 Millionen Mark. Nachstehende Zusammenstellung spiegelt die Bewegung der Neubestellungen in den Jahren 1906 bis 1911 in Millionen Mark:

Jahr	Neugründungen	Kapitalerhöhungen	Summe der Neubestellungen
1906	73,48	23,18	96,66
1907	42,10	25,53	67,63
1908	63,40	17,90	81,30
1909	64,81	12,32	77,13
1910	77,04	11,69	88,73
1911	52,44	11,34	63,78

In den Jahren 1906 bis 1911 sind 8030 neue Terrain- und Baugesellschaften gegründet worden. Davon entfallen auf Aktiengesellschaften 119 und auf Gesellschaften m. b. H. 2911.

**Verantwortlichkeit des Bauarbeiters für die Bauausführung.** Für Bauarbeiter ist folgende Entscheidung von Interesse:

Durch § 387 Biffer 15 des Reichsstrafgesetzbuches ist bestimmt: „Wer als Bauherr, Baumeister oder Bauhandwerker einen Bau oder eine Ausbesserung, wozu die polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, ohne diese Genehmigung oder mit eigenmächtiger Abweichung von dem durch die Behörde genehmigten Bauplane ausführt oder ausführen läßt, wird mit Geldstrafe bis zu M 150 oder mit Haft bestraft.“

Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat durch Urteil vom 24. April 1911 entschieden, daß unter Bauhandwerkern im Sinne dieser Vorschrift nur Selbständige zu verstehen seien. Ein Bauarbeiter kann daher auf Grund dieser Bestimmung selbst dann nicht bestraft werden, wenn er vorsätzlich oder fahrlässig bei einem nicht genehmigten Bau mitgewirkt hat.

### Kleine Notizen vom Bau.

**Neuorganisation der Baupolizei.** Der Verband Deutscher Architekten- und Ingenieurvereine hat am Ende des vorigen Jahres den zuständigen Ministern der Bundesstaaten Vorschläge für eine Neuorganisation der Baupolizei unterbreitet. Die Baupolizei sei, so führt der Verband aus, ein Arbeitsgebiet des Staates, das seinem ganzen Wesen nach sehr tief in das Wirtschaftsleben des Volkes eingreife. Es müßten deswegen auch Wandel in der Organisation der Baupolizei der Allgemeinheit außerordentlich wichtig sein. Ein wichtiger Organisationsfehler liege darin, daß die Baupolizei nicht Bauarbeiten, sondern Polizeiarbeit zu übertragen, ebenso wie schon heute in den meisten Fällen die allgemeine Sicherheitspolizei dem Bürgermeister überwiefen sei; auf diese Weise würde die Baupolizei wenigstens in die Hände der sachverständigen Techniker gelegt werden. Voraussetzung müsse selbstverständlich bleiben, daß diese Techniker die nötige persönliche Qualifikation für diese Aufgabe, für deren Nachweis in den meisten Fällen wohl die Ablegung der Staatsprüfung im Baufach genügen dürfte. Für die kleineren Gemeinden jedoch, die einen derartig ausgebildeten Techniker anzustellen kaum in der Lage wären, müßte die Lösung nach anderer Richtung gesucht werden. Man könnte über den kleineren Gemeinden für baupolizeiliche Angelegenheiten die Gesamtgemeinde, den Zweckverband oder auch städtisch beh. vorhandenen Ämter, aufbauen, damit auf diese Weise im Zusammenstöße der Gemeinden die Mittel gewonnen würden, um einen höheren Kommunaltechniker für die Baupolizei anzustellen. Ein zweiter, sehr leicht gangbarer Weg wäre aber der, den städtischen Lokalbauämtern für zuständig zur Ausübung der Baupolizei in den Gemeinden zu erklären, die höhere Kommunaltechniker anzustellen nicht gewillt wären.

**Die Reinigung des Baugewerbes.** Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Handelsminister machen in einem Erlasse darauf aufmerksam, daß es bis jetzt noch nicht in ausreichendem Maße gelungen sei, die unangelegenen und unzuverlässigen Elemente aus dem Stande der Bauunternehmer und Bauleiter zu entfernen. Die Zahl der Fälle, in denen die Gewerbebelegung rechtskräftig ausgesprochen worden sei, sei verhältnismäßig gering. Wenn dies auch zum Teil seine Erklärung darin finde, daß die in Betracht kommenden Unternehmer der polizeilichen Aufforderung zur freiwilligen Einstellung des Gewerbebetriebes in zahlreichen Fällen nachkommen oder kurz vor der Einleitung eines gegen sie zu richtenden Verfahrens an einen andern Ort verziehen, so bleibe doch der Eindruck bestehen, daß von den Polizeibehörden namentlich der größeren und großen Städte die Reinigung des Bauunternehmens im allgemeinen noch nachdrücklicher betrieben werden müsse, wenn die Absichten des Gesetzes erreicht werden sollten. Unter andern werde es geboten sein, daß die Polizeibehörden bezüglich derjenigen Personen, deren Geschäftsbetrieb in bautechnischer, wirtschaftlicher oder moralischer Hinsicht Anlaß zu Bedenken gegeben hat, fortlaufend Aufzeichnungen über die Tatsachen führen, die gegen ihre Zuverlässigkeit sprechen, und den Bauarbeitern dieser Personen jederzeit besondere Aufmerksamkeit widmen, damit erforderlichenfalls ohne Verzug das Verfahren auf Unterjagung des Gewerbebetriebes eingeleitet werden

könne. Bei neuangehenden Unternehmern sollen sich die Polizeibehörden, ohne dadurch die Erledigung der von ihnen vorgelegten oder unterzeichneten Baugesuche aufzuhalten, eingehend über ihre Zuverlässigkeit unterrichten und sich dabei nicht auf die Anfrage bei der Ortspolizeibehörde des Geburtsortes beschränken, sondern auch feststellen, ob etwa am letzten Wohnort des Unternehmers Katastrophen bekannt geworden sind, die ein polizeiliches Eingreifen oder doch eine besonders sorgfältige Überwachung seiner Bauausführungen und seines Geschäftsbetriebes nötig machen. Von jeder rechtskräftig erfolgten Gewerbebelegung soll der Handwerkskammer und den beteiligten Innungen Mitteilung gemacht werden, ebenso auch dafür gesorgt werden, daß ihre Bekanntgabe in der Presse erfolgt.

Der Bund deutscher Architekten. Der geschäftsführende Ausschuss dieses Bundes hielt kürzlich in Berlin eine Sitzung unter dem Vorsitz des Rats Prof. Freydenhagen. Es wurde beschlossen, die Organisation der für ein Honorar arbeitenden Architekten im Sinne von Bauanwaltschaften möglichst lückenlos auszubauen. Mit verwandten Organisationen soll ein inniges Zusammenarbeiten angestrebt werden, unter vollkommener Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit des Bundes deutscher Architekten. Das Thema des technischen Ausbildungsweises wird der Bund vom Standpunkt seiner Mitglieder aus behandeln. Die Befähigung des Besetzungsumwens im Baufach soll systematisch betrieben werden. Da man annehmen kann, daß die beteiligten Kreise über den Unterschied des vom Bauherrn beauftragten und bezahlten Architekten und des Unternehmers auf eigene Rechnung ausreichend orientiert sind, soll jeder Fall, wo einem Architekten im Sinne des Bauanwalts unter dem Decknamen einer Profibüro eine Zuwendung angeboten wird, als verbotene Besetzung verfolgt werden. Die Mitglieder des Bundes deutscher Architekten werden beauftragt werden, solche Firmen zu befragen, die auf Aufstellungen in jeder Form zu verzichten sich bereit erklären.

Verbot des Mauerns bei Frostwetter. Für die Einstellung der Arbeit bei Frostwetter gibt es noch keine einheitlichen Normen. Während in manchen Städten bei vier und fünf Grad Kälte noch munter gearbeitet wird, ist in anderen Orten das Mauern bei solcher Kälte polizeilich verboten. So ließ der Stadtrat von Plauen am 17. Oktober 1911 folgende Verfügung: „Die Errichtung von Mauerwerk in Zement- oder Kalkmörtel sowie die Ausführung von Bauteilen in Beton oder Eisenbeton im Freien oder in unverschlossenen Räumen ist während des ganzen Tages verboten, wenn die Temperatur morgens 8 Uhr drei Grad Kälte nach Reamur beträgt. Die Tage, an denen hiernach die Errichtung von Mauerwerk und die Ausführung von Bauteilen in Beton oder Eisenbeton unzulässig ist, werden durch Anschlag an den Fenstern der Polizeiwachen zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Werden im Einzelfalle die schädlichen Einwirkungen des Frostes durch geeignete Maßnahmen ausgeschlossen, so darf auch an diesen Tagen nach eingeholter Genehmigung der Baupolizeibehörde gearbeitet werden. Die Ausführung von Bauteilen in Beton oder Eisenbeton ist auch an den Tagen, an denen nach Absatz 1 dieser Bekanntmachung gearbeitet werden darf, nur während der frostfreien Stunden zulässig. Die Baupolizeibehörde kann auf Antrag Ausnahmen bewilligen. Beim Eintritt milder Witterung nach längeren Frosttagen dürfen Betonierungsarbeiten erst wieder aufgenommen werden, nachdem die Zustimmung der Baupolizeibehörde erteilt worden ist. Stellt sich Frost ein, während die Erhaltung des Betons vor sich geht, so sind die Ausschulungsfreien um die Dauer des Frostes zu verlängern. Bei Frostwetter darf zur Herstellung allen Mauerwerks im Freien oder unverschlossenen Räumen nur frisch zubereiteter Mörtel verwendet werden, auch ist alles Mauerwerk und alle ausgeführten Betonierungen nach Arbeitschluß gut abzugeben. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften können am Bauherrn sowohl wie an dem mit der Leitung und Ausführung des Baues Beauftragten mit Geldstrafe bis zu 150 oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden. Außerdem sind die vorstehend erwähnten aufgeführten Bauteile, wenn nötig, wieder abzutragen.“ Der Polizeipräsident von Rostock warnt in den Zeitungen davor, Mauerarbeiten bei einer größeren Kälte als 2,5 Grad Celsius auszuführen, da bereits bei einer größeren Kälte als 2,5 Grad Celsius die Bindkraft des Mörtels gerät und somit gemäß § 31 Ziffer 4 der Baupolizeiverordnung die Aufmauerung tragender Konstruktionsteile verboten sei.

## Gewerkschaftliches.

### Die Streiks und der Kampf ums Koalitionsrecht in Rußland.

Das wachsende Erwachen des russischen Proletariats tritt gegenwärtig in einer großen Belegung seines wirtschaftlichen Kampfes zutage. Die Niederlage der Revolution, die schwere ökonomische Krise, die Ende 1907 begann, die massenhafte Arbeitslosigkeit und die allgemeine deprimierende Stimmung im Lande übten in den Jahren 1908/09 einen gewaltigen Einfluß auf die Schlagfertigkeit und Kampfeslust der breiten Massen der Arbeiterschaft aus. Die Zahl der Arbeitseinstellungen und der daran beteiligten Personen ging von Jahr zu Jahr zurück und erreichte 1909 mit etwa 60 000 Streikenden ihren niedrigsten Stand (noch 1907 betrug die Zahl der Streikenden 740 000). Seit dem Jahre 1910 sehen wir nun einen Umchwung. Die Besserung der ökonomischen Konjunktur, die sich allmählich geltend machte, schuf einige Vorbedingungen für das Wiederaufleben des wirtschaftlichen Kampfes und ermöglichte dadurch das wichtige Auftreten des Proletariats auf diesem Gebiete. Die Mitteilungen der Arbeiterpresse konstatieren bloß innerhalb der drei Sommermonate 1910 etwa 70 Arbeitseinstellungen mit zusammen rund 65 000

daran beteiligten Personen. Die Zahl der Streikenden für das ganze Jahr 1910 übersteigt 100 000. Noch größere Energie legte das russische Proletariat im Jahre 1911 an den Tag. Selbst die amtliche Statistik stellt fest, daß es innerhalb der ersten neun Monate des verfloßenen Jahres 295 Streiks mit 78 000 Teilnehmern gab. Aber diese Statistik ist sehr lückenhaft und unvollständig, da sie sich nur auf die der Fabrikinspektion unterstellten Betriebe, das ist auf die Betriebe mit über 20 Personen beschäftigten Personen, erstreckt. Alle Konflikte in den Kleinbetrieben, im Transport- und Baugewerbe, im Handwerk usw. bleiben von dieser Statistik unberücksichtigt. Etwas reichhaltiger sind die Angaben der Gewerkschafts- und der sozialdemokratischen Organe, obwohl auch diese Mitteilungen keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit erheben dürfen. Gerade in den letzten Nummern 10 und 11 der Petersburger sozialdemokratischen Monatschrift „Nascha Sarja“ ist ein Artikel des Genossen Michailow erschienen, der ein helles Licht auf die Ausbreitung und Erfolge der Streikbewegung in Rußland im Jahre 1911 wirft.

Zunächst stellt der Artikel fest, daß nur innerhalb der 3 1/2 Sommermonate (von Mitte Mai bis Ende August) in Rußland nicht weniger als 152 Arbeitseinstellungen mit zusammen rund 100 000 beteiligten Personen zu verzeichnen waren. Ein Drittel aller in Frage kommenden Konflikte erstreckte sich gleichmäßig über mehrere Untereinrichtungen, mandmal sogar über die ganzen Industriezweige am Orte. Die Verbreitung der Sommerstreikbewegung war begreiflicherweise in den verschiedenen Teilen Rußlands nicht gleichmäßig, die Kämpfe brachen aber fast in allen Gegenden des Niesenreiches aus: in Petersburg und Odessa, in Polen und Sibirien. Am stärksten griff jedoch die Bewegung in vier Hauptzentren um sich, nämlich in den Ostseeprovinzen (85 Streiks mit 30 000 beteiligten Personen), in Polen (33 Streiks mit 28 000 Personen), in Petersburg (5 Streiks mit 13 500 Personen) und im Moskauer Industriegebiet (30 Streiks mit 13 500 Personen). Auf diese Zentren entfallen 68 pZt. aller Streiks und 85 pZt. der daran beteiligten Personen.

Sehr bunt und verschiedenartig war die Sommerbewegung auch in bezug auf die berufliche Gliederung der kämpfenden Arbeiter. Fast alle Branchen und Industriezweige waren darin vertreten: Bau- und Bergarbeiter, Textil- und Metallarbeiter, Land- und Hafensarbeiter, Seeleute usw. An der Spitze marschierten die Bauarbeiter (24 000 Streikende), die vor allem in den Ostseeprovinzen große und erfolgreiche Kämpfe durchführten, was mit der regen Bautätigkeit des Jahres 1910 in diesen Gegenden zusammenhängt. Den Bauarbeitern folgten die Arbeiter der Kleidungsindustrie, von deren Kämpfen der Streik der 20 000 Schuhmacher in Polen und die Streiks der Arbeiter der Schuhwarenindustrie in den Nordwestgouvernements besonders hervorgehoben werden müssen. Der große Umfang und die bewundernswürdige Zähigkeit der Arbeiter (die Streiks in der Schuhwarenindustrie, die die Wiederherstellung des während der Revolution eroberten Wählendenlages bezweckten und zum Teil mit Erfolg gekrönt waren, dauerten sechs bis vierzehn Wochen) geben diesen Konflikten eine große Bedeutung. Von den übrigen Industriezweigen kommen hauptsächlich Transportgewerbe (18 000 Streikende), Metallindustrie (14 000) und Textilindustrie (10 000) in Betracht. Unter den Kämpfern der Transportarbeiter nehmen selbstverständlich den ersten Platz ein die Streiks der Petersburger Hafensarbeiter und der der Seeleute in Odessa. Der erstere umfaßte etwa 13 000 Arbeiter und endete mit einem teilweisen Erfolge der Arbeiter. Es ist nicht ohne Interesse zu bemerken, daß bei diesem Kampf eine Hamburger Streikbrecherfirma (anscheinend die Firma August Müller in Wandersb. D. Med.) den Petersburger Unternehmern den Vorschlag machte, ihnen zu beliebigem Zeit 1000 „Arbeitswillige“ zur Verfügung zu stellen. Der Kampf der Seeleute in Odessa dauerte etwa 20 Tage und brachte den Streikenden einen fast völligen Sieg.

Aus den Arbeitseinstellungen in der Textilindustrie ist in aller erster Linie der Streik von 6000 Webern in Zarzewo (Smolenskgouvernement) zu erwähnen, der nach zweiwöchiger Dauer mit einem teilweisen Erfolge der Arbeiter endete. Was nun die Metallindustrie anbetrifft, so ist zu bemerken, daß alle Kämpfe, die sich im Jahre 1911 in diesem Industriezweig abgespielt haben, weder durch einen gewaltigen Umfang noch durch eine große Ausdauer charakterisiert wurden. Jedoch gab es auch hier einige bedeutende Kämpfe, so z. B. die Streiks der Kupferhämmer und Maschinenbauer in Warschau, der Schlofferstreik in Lodz, der Streik der Drahtarbeiter in Riga usw. Die schwächere Beteiligung der Metallarbeiter an der Sommerstreikbewegung 1911 erklärt sich in allererster Linie durch die lange Krise von 1905 bis 1909 und die damit verknüpfte massenhafte Arbeitslosigkeit, die auf dieser Gruppe des Proletariats besonders schwer lastete. Die Jahre 1910/11 zeigten auch in der Metallindustrie eine erhebliche Besserung der Konjunktur, jedoch waren die Arbeiter dieses Industriezweiges innerhalb der vorhergegangenen Periode in so hohem Maße erschöpft, daß sie sich bis jetzt noch nicht vollständig erholen konnten.

Es erübrigt sich, zu beweisen, daß auch die Kämpfe des Jahres 1911 unter den schwierigsten polizeilichen Verhältnissen geführt werden mußten. Die Versammlungen der Streikenden wurden verboten oder auseinandergejagt, ihre Führer verhaftet und ausgewiesen, ihre Gelder, die für Unterstützung der kämpfenden Arbeiter gesammelt wurden, konfisziert, die Gewerkschaften, die die Lohnbewegungen zu leiten versuchten, ohne weiteres geschlossen oder aufgelöst. Trotzdem trug die Streikbewegung des vorigen Jahres nicht ganz den elementaren Charakter, wie es vor 1905 vielfach der Fall war. Die Revolutionsjahre gingen an der russischen Arbeiterschaft nicht ganz spurlos vorüber, und sie besitzt jetzt schon einen gewissen Reizgrad des Massenbewußtseins und der organisatorischen Schlagfertigkeit. Fast überall wurden die Arbeitseinstellungen durch besondere Streikkomitees geleitet, die es trotz aller Hindernisse verstanden, Einigkeit, Disziplin und größte Ruhe unter den Streikenden zu bewahren. Diese Komitees beziehen die Streikversammlungen ein, verhandeln mit den Unternehmern, geben die Flugblätter und Bulletins heraus, sammeln die Geldsummen für die Kampfzwecke usw. Unter solchen Verhältnissen ließe diese äußerst notwendige Tätigkeit zu entfallen hatten, kann folgender Fall zur Genüge illustrieren. Während des Bauarbeiterstreiks in Riga mußten die Streikenden eine Versammlung abhalten. Eine Erlaubnis von der Polizei zur Einberufung dieser Versammlung war nicht zu erhalten. Deshalb sammelten sich die Arbeiter — etwa 200 Personen — an einem in der Nähe befindlichen See, angeblüh um die Mädelgelegenheit zu benutzen. Im Wasser liegend berieten sie dann die Streitangelegenheiten. In dieser eigentümlichen „Seeversammlung“ wurde unter anderem beschlossen, die Zuständigkeit der Unternehmer anzunehmen und den Kampf in Riga zu beenden. Im allgemeinen war die Streikbewegung in Polen, in den Ostseeprovinzen und den Nordwestgouvernements besser organisiert als im inneren Rußland.

Wie schwierig nun die polizeilichen Verhältnisse auch sein mögen, so blieb der ökonomische Kampf der Arbeiterschaft doch nicht ganz erfolglos. Im Gegenteil. Die überwiegende Mehrheit der Streiks des Sommers 1911 war nicht Abwehr-, sondern Angriffstreiks, und die allgemeine Lösung, die für die kämpfenden Arbeiter fast überall galt, lautete: Wiederherstellung der Arbeitsbedingungen, die in den Jahren 1905/06 erobert und in der Gegenrevolutionsperiode beseitigt worden waren. Und dieses Ziel wurde nicht selten erreicht. Nach den Angaben des „Nascha Sarja“ trugen rund 66 000 Streikende, das sind etwa zwei Drittel der in Betracht kommenden Arbeiter, einen vollen oder teilweisen Sieg davon. Besonders hoch war der Prozentsatz der erfolgreichen Kämpfe im Baugewerbe, nämlich 79 pZt. aller Streikenden, im Transportgewerbe 78 pZt. und im Handwerk 91 pZt. Die größten Konzessionen wurden den Unternehmern auf dem Gebiete der Lohnhöhe abgezwungen; etwas weniger erfolgreich war der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung, am schlechtesten aber haben die Arbeiter bei den Kämpfen abgegeschnitten, die um verschiedene Änderungen in der Fabrikordnung usw. geführt wurden.

Die mächtige Belegung des wirtschaftlichen Kampfes stellt der russischen Arbeiterschaft eine brennende, unaufschiebbare Aufgabe, die unter allen Umständen gelöst werden muß — nämlich die Eroberung des wichtigsten aller proletarischen Rechte, des Koalitionsrechtes. Zwar besteht dieses Recht in Rußland seit 1905/06 auf dem Papier, wenn auch in einer sehr beschränkten Form, aber, abgesehen davon, daß diese gesetzlich zuerkannte „Koalitionsfreiheit“ einen reinen Hohn auf die Forderungen der Arbeiterschaft darstellt, finden die gesetzlichen Bestimmungen in der Praxis fast keine Anwendung, da noch bis jetzt im Lande eine grenzenlose Polizeivillkür herrscht. Diese untraglichen Zustände veranlassen noch im Frühjahr 1911 die Petersburger Arbeiter, einen Kampf um das richtige Koalitionsrecht in die Wege zu leiten. Sie arbeiteten nämlich eine diesbezügliche Petition an die Reichsduma aus und sammelten dafür die Unterschriften ihrer Klassen Genossen. Der Wortlaut der Petition war folgender:

„Das Vereinsgesetz vom 4. (17.) März 1906 ist gegen uns gerichtet. Es nimmt den Arbeitern die Möglichkeit, planmäßig ihre Interessen zu verteidigen. Auf Grund dieses Gesetzes werden unsere Gewerkschaften aufgelöst und die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Personen wie gefährliche Staatsverbrecher verhaftet. Aber die Verwaltungsbehörde geht noch weiter als das Gesetz und vernichtet es vollständig, indem sie sich bei der Zertrennung der gewerkschaftlichen Organisationen ausschließlich von ihrer Willkür leiten läßt. Zwei verschiedene Wege werden im Hinblick auf die beruflichen Organisationen gegenüber den Arbeitern und gegenüber den Unternehmern angewendet. Aus diesem Grunde werden die Arbeiterstreiks verfolgt und die Administration geht gegen die Teilnehmer an solchen mit brutaler Polizeivillkür vor. Zur gleichen Zeit organisieren die Unternehmerverbände mit Hilfe der Behörden Ausperrungen, werden die „schwarzen Listen“ an und führen einen offenen Kampf gegen die Arbeiter.

# Anzeigen

Zu einer Zeit, da wir Arbeiter an allrussische Kongresse, Verbände usw. auch nicht im entferntesten zu denken wagen, haben die Arbeitgeber offen allrussische Kampfverbände organisiert, berufen ihre Kongresse ein und führen einen politischen Kampf. So kann es nicht weiter gehen. Dieselben Zustände muß ein Ende gemacht werden und gerade jetzt, wo Anzeichen einer industriellen Bewegung vorhanden sind und wir uns bessere Arbeitsbedingungen erobern können. Wir müssen uns frei organisieren können, um unsere Interessen zu verteidigen. Wir müssen die Freiheit haben, Verbände zu bilden, Versammlungen einzuberufen und Streiks zu organisieren, und diese Freiheit werden wir uns trotz allem erkämpfen. Wir machen die Reichsduma auf die heutigen Zustände aufmerksam und fordern dringend, daß die für uns so wichtige Frage unverzüglich geprüft werde. Möge das ganze Land erfahren, wie das Geseß, die Duma und die Regierung die Rechte der Arbeiter schützen. Die Frage der freien Organisation der Arbeiter ist eine wichtige, unaufschiebbare Frage. Wir stellen sie nun auf die Tagesordnung!

Diese Petition mit einigen Tausenden Unterschriften wurde noch voriges Jahr der sozialdemokratischen Dumafraktion übermittleit, und sie verteidigte energisch im Plenum der Duma die Forderung der Koalitionsfreiheit für das Proletariat. Gegenwärtig steht die russische Arbeiterpartei vor einer Wiederaufnahme des Kampfes um das Koalitionsrecht. Aber diesmal wird der Kampf allem Anscheine nach auf eine erheblich breitere Grundlage gestellt, als es voriges Jahr der Fall war. Jetzt werden auch die Beteiligung an der Petitionsbewegung nicht bloß die Petersburger Arbeiter, sondern auch die Arbeiter der Provinzialstädte herangezogen. Es wäre selbstverständlich ganz verkehrt, anzunehmen, daß die dritte, die „Herenduma“, für die Interessen des Proletariats mit Energie und Entschiedenheit eintreten wird. Immerhin ist die beginnende Bewegung von größter Bedeutung für die russische Arbeiterpartei. Sollte diese einen starken Widerhall in den Massen finden, so wird sie zweifellos als mächtiges Agitations- und Organisationsmittel eine große Rolle spielen. Sie wird die heute zerstreuten Kräfte sammeln und den ersten Schritt auf dem Wege der Erkämpfung der Rechte des Proletariats zeitigen.

W. Maistry.

## Zentralfrankenkasse.

In der Woche vom 14. bis 20. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Paderborn M. 300, Scharnbeck 300, Hennigsdorf 250, Celle 200, Gergöhen 200, Gasse 200, Neumünster 200, Nettelben 200, Wittenberge 181, Kremen 170, Blankenburg a. S. 150, Dahleburg 150, Gersnabe 150, Erbenheim 150, Groß-Besten 150, Hausberge 150, Jessen 150, Kirch-Steinbe 150, Pfeiferwisch 150, Wandsbeck 150, Warnemünde 150, Wabel 150, Zehdenitz 150, Segeberg 140, Langenfelde 130, Rawitsch 130, Zehle 120, Hertzheim 100, Lindw 100, Meiersberg 100, Bölsig 100, Kirchwärdler 91,30, Westeraufen 80, Frankenthal 50, Gaten 50, Prettin 50, Summa M. 5392.

Zufüsse erhielten: Berlin M. 8000, Breslau 1000, Charlottenburg 1000, Rixdorf 1000, Hamburg 800, Kiel 600, Lübel-Nielesbach 600, Bernau 600, Rawawes 600, Friedebau 400, Richtenberg 400, Rankow 400, Mariendorf 350, Halberstadt 300, Mübe 300, Nürnberg 300, Dresden-Striesen 200, Essen a. d. Ruhr 200, Göttingen 200, Groß-Neuendorf 200, Hermsdorf 200, Hofen 200, Luckenwalde 200, Straßburg i. G. 200, Tegel 200, Werden 200, Weitz 150, Fehrbach 150, Ribben 150, Neuzelle 140, Alt-Glienitz 100, Wärsdorf 100, Eggersdorf 100, Sandfuchsheim 100, Landstuhl 100, Malchin 100, Nauen 100, Duedlinburg 100, Worms 100, Begeborn 80, Wlrglabt 70. Summa M. 15090.

Altona, 20. Januar 1912.

F. Kläßen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Briefkasten.

**Bruno Blaschewski**, Stultatur, wird ersucht, seine Adresse an die Redaktion des „Grundstein“ einzuliefern. Wer den Aufenthalt des Kollegen **Franz Biedlingmaier**, Stultatur, geboren am 16. Dezember 1886 in Wiesensteig, kennt, ist freundlichst gebeten, der Redaktion seine Adresse mitzuteilen.

**S. L. in N. und andere.** Ihr solltet mal den Artikel: „Wie soll man an die Redaktion des „Grundstein“ schreiben?“ in der letzten Nummer unseres Blattes lesen, damit Ihr endlich wenigstens Versammlungsberichte schreiben lernt.

**Ulling.** Versammlungsberichte werden im „Grundstein“ nicht veröffentlicht. Siehe den Artikel: „Wie schreibt man an die Redaktion des „Grundstein““ in der vorigen Nummer.

**Ansünderer.** Diese Verhältnisse sind uns in einzelnen nicht bekannt. Auch eine Adresse der dortigen Organisation können wir nicht angeben, da wir mit diesen Organisationen keinerlei Verbindung haben.

**B. G. in Leshwiz.** Es geht nicht, daß wir im „Grundstein“ für ein bestimmtes Geographisches Propaganda machen, weil sonst die Anhänger der andern Systeme das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen würden.

**D. B. in S.** Unter dem Siegel der Verschwiegenheit wollen wir Sie antworten, daß wir lieber drei Stunden Beschlusse tragen als eine Stunde Gebichte prüfen. Wenn aber Dein Begehren davon abhängt, so sende die Gebichte ruhig ein; das Fikstische der Aufgabe, soll die Gerechtigkeit unseres Urteils nicht beeinträchtigen.

**Mugöburg.** Am 14. Januar starb unser Kollege **Anton Kuhn** im Alter von 81 Jahren an den Folgen einer Schußwunde. — Am 17. Januar starb unser Kollege **Alois Gerner** im Alter von 54 Jahren an Lungenleiden.

**Bangon.** Am 12. Januar starb unser treuer Kollege **Julius Kühn** im Alter von 54 Jahren an Lungenentzündung.

**Berlin.** (Sektion der Gips- und Zementbranche.) Am 11. Januar starb plötzlich unser Mitglied **Paul Peters** im Alter von 37 Jahren an Herzblähung.

**Diehn.** Am 17. Januar starb unser Kollege **Matth. Müller** im Alter von 35 Jahren infolge eines Unfalles.

**Dortmund.** Am 9. Januar verchied unser Kollege **K. Zimmermann**. — Am 10. Januar verchied unser Kollege **H. Antowski** infolge Sturzes von einem Dampfbohrer.

**Dresden.** Am 16. Januar starb unser Kollege **Max Hellwig** aus Kamenz im Alter von 52 Jahren an Lungenleiden.

**Frankfurt a. M.** (Zahlstelle Eichen.) Am 14. Januar starb unser Kollege **Georg Reichhold** im Alter von 22 Jahren an Schwindel.

**Großhabersdorf.** Am 15. Januar starb unser treuer Kollege **Georg Feder** im Alter von 52 Jahren an der Proletarierkrankheit.

**Hamm i. Westf.** Am 13. Januar starb unser treuer Kollege **Heinrich Juchmann** im Alter von 35 Jahren. — Am 16. Januar starb unser Kollege **Fritz Blank** im Alter von 37 Jahren.

**Harburg.** Am 15. Januar starb unser treues Mitglied und Mitbegründer des hiesigen Zweigvereins **Heinr. Geörke** im Alter von 47 Jahren an Herzenerweiterung.

**Sebelberg.** (Zahlstelle Wiesloch.) Am 11. Januar starb unser Kollege **Andreas Wagner** im Alter von 36 Jahren, indem er beim Holzfällen im Walde von einem Baum erschlagen wurde.

**Süderog.** Am 16. Januar starb unser Kollege **Albert Henkel** im Alter von 68 Jahren an Lungenentzündung.

**Karlruhe.** In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar wurde unser Kollege **Otto Kritzer** aus Forst bei Bruchsal auf dem Heimweg menschenüberfallen und darauf geschlagen, daß er nach wenigen Stunden starb. Vom Täter fehlt jede Spur. Der Verstorbenen hinterläßt Frau und fünf Kinder in größter Not.

**Krausfeld.** Am 20. Januar starb unser Kollege **Otto Witzmann** im Alter von 34 Jahren an Augenkrankheit.

**Langerhals.** Am 12. Januar starb unser treuer Kollege **Wilhelm Kraushaar** im Alter von 28 Jahren an Gehirnhüllentzündung.

**Leipzig.** Am 16. Januar starb unser Kollege **Herm. Becker** im Alter von 44 Jahren an Lungenentzündung. Er war seit 1. April 1892 ununterbrochen Mitglied unseres Zweigvereins.

**Milbenscheld.** (Zahlstelle Altena.) Am 15. Januar starb plötzlich unser treuer Kollege **Robert Jauer** im blühenden Alter von 25 Jahren infolge Unfalles. In ihm verlieren wir einen tüchtigen Mitarbeiter.

**Mühlberg-Nichtenberg.** Am 13. Januar starb unser Kollege **Kug. Fritzsche** an Lungenentzündung.

— Am 14. Januar starb unser Kollege **Hermann Helm** an Lungenentzündung.

**München.** Am 14. Januar starb unser Kollege **Josef Ziegler** in der Fremdenberge in Kitzingen im Alter von 45 Jahren an Herzschlag. — Am 18. Januar starb unser Kollege **Joh. Buchstaller** im Alter von 67 Jahren an Herzleiden. — (Zahlstelle Westen-Baim.) Am 3. Januar starb unser Kollege **Ferdinand Schürzinger** im Alter von 29 Jahren an Lungenentzündung. — (Zahlstelle Au.) Am 8. Januar starb unser Kollege **Josef Vilsmeier** im Alter von 48 Jahren an Lungenentzündung. — (Zahlstelle Unergiesing.) Am 18. Januar starb unser Kollege **Josef Ring** im Alter von 34 Jahren an Magenverhärtung.

**Norden.** Am 17. Januar starb unser Kollege **Hinrich v. Echten** im Alter von 39 Jahren an Lungenleiden.

**Nürnberg-Gürtel.** Am 14. Januar starb der Kollege **Johann Wirsing** im Alter von 55 Jahren an Herzschlag. — Am 15. Januar starb nach kurzer Krankheit der Kollege **Johann Burkhardt** im Alter von 51 Jahren.

**Planen.** Am 19. Januar starb unser Kollege **Herm. Thiemel** im Alter von 41 Jahren.

**Regensburg.** Am 11. Januar starb unser Kollege **Sebastian Lichtinger** im Alter von 34 Jahren an Lungenentzündung.

**Schöpsch.** Am 15. Januar verchied unser treues Mitglied, der langjährige Kassierer und Mitbegründer der hiesigen Organisation **Friedr. Fleischmann** im Alter von 55 Jahren an Darmkrankheit. Mit ihm haben wir einen unserer Besten verloren.

**Schneeberg a. d. E.** Am 17. Januar starb unser Mitglied **Friedrich Herzog** im Alter von 59 Jahren an chronischem Blasenleiden.

**Suttgart.** Am 15. Januar starb unser langjähriges Mitglied **Otto Grob** im Alter von 32 Jahren. Er wurde von einem Dieb erschossen. — Am 15. Januar starb unser Mitglied **August Gittinger** im Alter von 34 Jahren durch Unglücksfall. — (Sektion der Bijer- und Stultature.) Am 11. Januar starb unser treuer Kollege **Ernst Fuchs** von Neuchâten im Alter von 44 Jahren an Bluthruß.

**Walzenburg.** Am 12. Januar starb plötzlich unser treues Mitglied **August Geier** im 68. Lebensjahre infolge Herzschlages.

**Witzburg.** (Zahlstelle Guntersleben.) Am 13. Januar starb unser Kollege **Anton Leonh. Schämig** im Alter von 50 Jahren an den Folgen eines Unfalles.

**Zittau.** Am 20. Januar starb unser Kollege **Ernst England** im Alter von 62 Jahren an Magenkrebs.

Chreihrem Andenken!

## Bernsee.

Sonntag, den 4. Februar, feiert unser Zweigverein sein **Erstes Stiftungsfest** verbunden mit **Theater und Tanz**. Eintritt 25 ¢; Herren, die am Tanz teilnehmen, 75 ¢ extra. Damen frei. — Anfang 6 Uhr.

Alle Kollegen der Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. **Das Festkomitee.**

## Lychen.

Unser Zweigverein feiert Sonntag, den 28. Januar, einen **Herrenabend**. Alle Mitglieder von Lychen und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

## Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstehender, K Kassierer, L Berichterstatter, H Bergeber, Rz Beisitzerunterstützung, wird ausgegibt bei).

**Frankenburg i. S.** K. Gerhard Gherlein, Klingbach Nr. 2.  
**Kranichfeld.** V Hugo Wilmann, Bernhardtstr. 5; K Carl Döle, Altmeyer; L „Rathaus“.  
**Sonneberg.** V Otto Göffel, Oberlind, Unterlindstr. 65; K und Rz Ludwig Krämer, Wittelsbacherstraße.

## Versammlungs-Anzeiger.

**Sonnabend, den 27. Januar.**  
 Glesien. Abends 8 Uhr im Gasthof zu Gritschow.  
**Sonntag, den 28. Januar.**  
 Calefeld. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Gaussoff in Sebezen. Z.D.: Bericht vom vierten Quartal. Jahresbericht. Besondere Angelegenheiten. Bisher mitbringen. Besetzt anwesend.

**Custrin.** Außerordentliche Generalversammlung. Z.D.: Vorstandswahl. Bericht des Beschlusses.  
**Deutsch-Rasselwitz.** Mittags 1 Uhr Generalversammlung. Z.D.: Kassiererveränderung. Bericht. Bericht des Vorstandes und der Kassiererveränderung. Besetzt anwesend.  
**Hintersee.** Nachm. 3 Uhr im „Waldhaus zum Deutschen Hause“ in Richtenberg. Z.D.: Jahresbericht. Bericht des Vorstandes. Besetzt anwesend.  
**Lychen.** Nachm. 3 Uhr bei Robert Deltow. Z.D.: Vorstandswahl. Besetzt anwesend.  
**Neusalz.** Nachm. 3 Uhr. Z.D.: Neuwahl des Vorstandes. Abrechnung. Besetzt anwesend.  
**Oranienburg.** Nachm. 3 Uhr. Z.D.: Jahresabschluss. Wahl des neuen Vorstandes. Besetzt anwesend.  
**Seesen.** Nachm. 3 Uhr im „Saalbau“. Z.D.: Vorstandswahl. Besetzt anwesend.  
**Mittwoch, den 31. Januar.**  
**Spandau.** Abends 8 Uhr bei Köpenick, Nischenborer Straße 89. Z.D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Jahresbericht. Vorstandswahl. Besetzt anwesend.  
**Bornhöved.** Abends 8 Uhr. Z.D.: Quartals- und Jahresbericht. Bericht über richtungsbildende Beiträge. Bericht des Bisher mitbringen. Besetzt anwesend.  
**Sonntag, den 4. Februar.**  
**Keuschberg.** Nachm. 3 Uhr bei Meiwede. Z.D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Vorstandswahl. Beitragsberichtigung. Bericht des Beschlusses. Besetzt anwesend.  
**Montag, den 5. Februar.**

**Zentralfrankenkasse der Maurer usw.**  
**Sonntag, den 28. Januar.**  
**Danzig.** Nachm. 3 Uhr bei Schmidt, Nischmarkt 6. Z.D.: Abrechnung vom vierten Quartal und Jahresbericht. Vorstandswahl. Kassiererveränderung. Besetzt anwesend.  
**Lichtenberg.** Nachm. 3 Uhr im Palast von Wittenhagen, Schwanenb. Nr. 60. Z.D.: Jahresbericht. Abrechnung vom vierten Quartal. Wahl der Verwaltung. Verwaltungsberechtigungen und Bericht des Beschlusses. Besetzt anwesend.  
**Stuttgart.** Nachm. 2 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Z.D.: Wahl der Verwaltung. Besetzt anwesend.  
**Montag, den 29. Januar.**  
**Halberstadt.** Abends 8 Uhr Generalversammlung bei Dr. Wollmann, Poststraße 68. Z.D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Wahl des Vorstandes. Bericht des Beschlusses. Besetzt anwesend.  
**Sonntag, den 4. Februar.**  
**Charlottenburg.** Nachm. 10 Uhr im Waldhaus, Rosenstr. 3. Z.D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Vorstandswahl. Bericht des Beschlusses. Besetzt anwesend.